

Organisationen und politische Partizipation:

Wie die Eigenschaften von Organisationen die
politische Beteiligung ihrer Mitglieder beeinflussen

Manuel Suter
University of Zurich



Inhalt

1. Einleitung	1
1.1. Fragestellung	1
1.2. Daten	3
2. Theoretischer Teil	4
2.1. Das Sozialkapital in der Politikwissenschaft	4
2.2. Vereine und Demokratie	5
2.3. Politische Partizipation	7
2.4. Unterscheidungskriterien der Organisationen	8
2.4.1. Politische und unpolitische Organisationen	9
2.4.2. <i>Bridging</i> und <i>bonding social capital</i>	11
3. Hypothesen und Modell	13
3.1 Spezifikation der Hypothesen	13
3.2. Intervenierende Variablen	14
3.3. Modell	15
4. Operationalisierung	16
4.1. Operationalisierung der Unterschiede zwischen den Organisationen	16
4.2. Operationalisierung der politischen Partizipation	17
4.3. Operationalisierung des Interesses und der Fähigkeiten	18
4.4. Operationalisierung der intervenierenden Variablen	19
5. Analyse	19
5.1. Überprüfung der ersten Hypothese	19
5.2. Überprüfung der zweiten Hypothese	25
5.3. Analyse des Modells	30
5.3.1. Analyse des Modells für die Wahlbeteiligung	31
5.3.2. Analyse des Modells für die konventionelle Partizipation	32
5.3.3. Analyse des Modells für die unkonventionelle Partizipation	34
5.3.4. Fazit der Analyse des Modells	35
6. Interpretation der Ergebnisse	36
6.1. Die Bedeutung der Resultate für die Theorie des Sozialkapitals	36
6.2. Die Ergebnisse aus demokratietheoretischer Sicht	37
7. Schlussbemerkungen	38
8. Literaturverzeichnis	41

1. Einleitung

„Good government in Italy is a by-product of singing groups and soccer clubs...“ Mit dieser provokanten Aussage aus seinem Werk *Making Democracy Work* (1993:176) lancierte Robert D. Putnam eine breite politikwissenschaftliche Debatte über das Sozialkapital. Während zuvor der Nutzen von sozialen Netzwerken vor allem in der Soziologie und in der Ökonomie diskutiert worden ist, beschäftigt sich seither auch die Politikwissenschaft intensiv mit dem Sozialkapital. Im Zentrum des Interesses dieser Forschungen steht der Einfluss der Vereine und Organisationen auf die Demokratie. Für diese Untersuchungen kann auf eine lange Tradition zurückgegriffen werden. Bereits im 19. Jahrhundert erkannte nämlich Alexis de Tocqueville in seiner Untersuchung *De la Démocratie en Amérique* die Wichtigkeit von Vereinen für eine funktionierende Demokratie:

„Die Amerikaner jeden Alters, jeden Standes, jeder Geistesrichtung schliessen sich fortwährend zusammen. (...) So erweist sich das demokratischste Land der Erde als dasjenige, in dem die Menschen die Kunst, gemeinsam das Ziel ihres gemeinschaftlichen Begehrens zu erstreben, in unserer Zeit am vollkommensten entwickelt und diese neue Wissenschaft auf die grösste Anzahl von Zwecken angewandt haben“ (Tocqueville [1840] 1987:161).

Mit der Einführung der Theorie des Sozialkapitals in die Politikwissenschaft ist also ein alter Forschungsbereich der Politikwissenschaft wiederentdeckt worden. Es hat sich gezeigt, dass die Theorie besonders in der vergleichenden Forschung sehr gut anwendbar ist, da die Anzahl von Organisationen in den verschiedenen Ländern miteinander verglichen werden kann.

Ein solches Projekt der vergleichenden Forschung ist das vom *European Science Fonds (ESF)* geförderte Netzwerk *Civic Involvement and Democracy (CID)*. Ziel dieses Netzwerkes ist es, in mehreren (europäischen) Ländern identische Befragungen zu den Themen der sozialen und politischen Beteiligung durchzuführen und die Ergebnisse dann länderübergreifend zu vergleichen. Mit den erhobenen Daten kann der Zusammenhang zwischen sozialem Kapital und dem Funktionieren der Demokratie vertieft analysiert werden.

Auch die Schweiz ist in diesem Netzwerk beteiligt. Die drei zum Forschungsprojekt gehörenden Befragungen sind von den Universitäten Bern und Genf durchgeführt und 2001 abgeschlossen worden. Die so gewonnenen Daten bilden die Basis für die vorliegende Arbeit.

1.1. Fragestellung

Die gute Datenlage ermöglicht es, das individuelle demokratische Verhalten der Bürger zu untersuchen. Das Ziel ist es, ein in der Theorie des Sozialkapitals begründetes Modell zu finden, welches die politische Partizipation der Bürger erklären kann.

Die Partizipation ist ein altes Forschungsgebiet der Politikwissenschaft.¹ Wer zur Urne geht und vor allem warum jemand sich politisch *nicht* beteiligt, sind existentielle Fragen für die Legitimation von demokratischen Entscheiden. Es ist daher wenig erstaunlich, dass die Theorie des Sozialkapitals bereits in einigen Studien zur Erklärung der Partizipation angewendet worden ist.² Nach diesen Studien ist es wenig umstritten, dass ein positiver Zusammenhang zwischen der Mitgliedschaft in Organisationen und der politischen Partizipation besteht. Hingegen ist nicht klar, welche Organisationen welche Effekte auf die Partizipation haben. Während Putnam 1993 noch behauptet hat, dass von allen horizontal strukturierten Organisationen, wie Chöre oder Fussballclubs, positive Effekte auf die Demokratie zu erwarten sind, haben mehrere Autoren diese Erkenntnis kritisiert und in empirischen Untersuchungen widerlegt.³ Gerade in bezug auf die politische Partizipation hat sich gezeigt, dass eine stärkere Differenzierung zwischen den einzelnen Organisationen nötig ist.

Die Befragungen des CID-Projektes ermöglichen eine solche Differenzierung. Deshalb soll hier folgende Fragestellung untersucht werden:

Welchen Einfluss haben die Eigenschaften einer Organisation auf die politische Partizipation ihrer Mitglieder?

Speziell an dieser Fragestellung ist die Verbindung der Makro- mit der Mikroebene. Die meisten politikwissenschaftlichen Untersuchungen konzentrieren sich darauf, wie viele und welche Organisationen vorhanden sind und wie dies das Verhalten der Gemeinschaft beeinflusst.

Auf der Mikroebene wird das Sozialkapital hingegen meist aus einer ökonomischen oder soziologischen Perspektive untersucht. Soziales Kapital liegt dabei in den Beziehungsstrukturen eines Individuums und kann von diesem als zusätzliche Ressource verwendet werden, um seine Ziele zu erreichen. Die Art und die Anzahl der sozialen Beziehungen eines Individuums beeinflussen das individuelle Verhalten.

Coleman hat den Bezug zwischen der Makro- und der Mikroebene der Analyse in einer anschaulichen Graphik dargestellt (Coleman 1990: Einleitung):

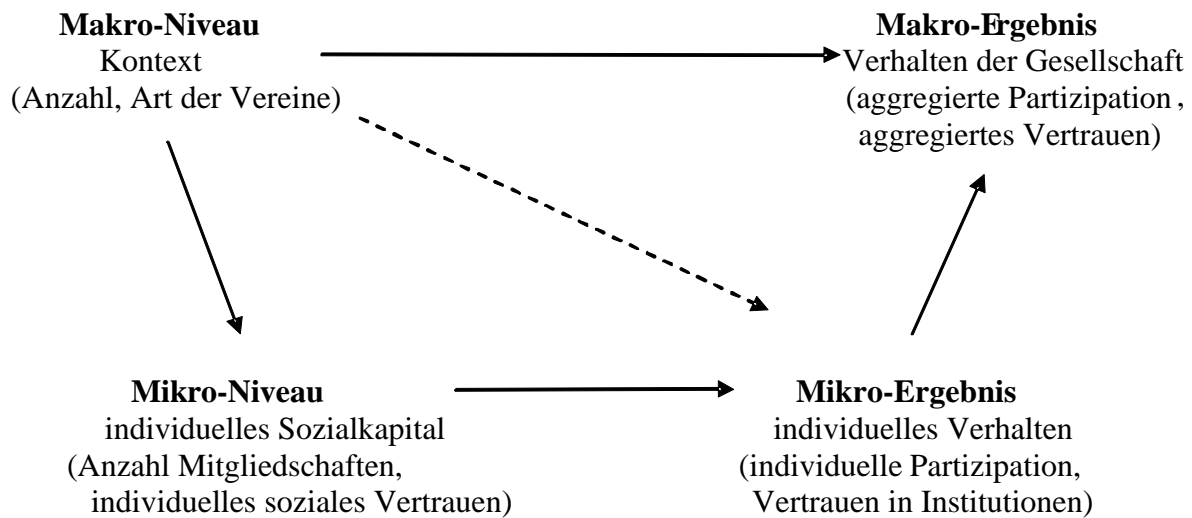
Tabelle 1 Die „Colemansche Badewanne“

¹Bereits in der ersten Hälfte des 20.Jhd. beschäftigten sich mehrere Politikwissenschaftler mit der Partizipation bei Wahlen (z.B. André Siegfried in Frankreich 1913, oder Herbert Tingsten in England, 1937). Bekannt geworden sind die Debatten zwischen der sog. Columbia-School und der Michigan-School, welche verschiedene Erklärungen der Partizipation entwickelten.

Für genauere Ausführungen zur Geschichte der Partizipationsforschung vgl. Morales (2004:11-18).

²Einen Überblick über die bisherigen Studien bieten Gabriel et al. (2002:146-149).

³Unter anderen: Stolle/Rochon (1998), Levi (1996), Morales (2004). Zusammenfassung der Kritik bei Von Erlach (2000:47-50).



Die Analysen der meisten bisherigen Forschungen bleiben auf dem jeweiligen Niveau. In dieser Arbeit soll jedoch die in der Graphik mit einem gestrichelten Pfeil dargestellte Beziehung untersucht werden: der Einfluss des Kontextes (Sozialkapital auf dem Makro-Niveau) auf das individuelle Verhalten (Mikro-Ergebnis). Der Einfluss des Mikro-Niveaus (individuelles Sozialkapital) auf das individuelle Verhalten soll nur noch als intervenierende Variable berücksichtigt werden. Das Forschungsinteresse liegt in der Beziehung zwischen der Art der Organisationen (Makro-Niveau) und dem individuellen Verhalten (Mikro-Ergebnis).

Von dieser Verbindung zwischen dem Makro- und dem Mikro-Niveau können neue Erkenntnisse erhofft werden. Denn auf der individuellen Ebene können Kontexteinflüsse genauer überprüft werden, als dies auf dem Makroniveau möglich wäre. Wenn gezeigt werden kann, dass die Art der Organisation das individuelle Verhalten beeinflusst, so müssen die Organisationseigenschaften in zukünftigen Makrountersuchungen ebenfalls in die Analyse einbezogen werden.

1.2. Daten

Wie bereits erwähnt, werden die Daten der schweizerischen Befragungen des CID-Projektes verwendet. Dabei wird auf zwei verschiedene Befragungen zurückgegriffen, die beide von der Universität Genf durchgeführt worden sind.

In der ersten Umfrage, der Organisationsbefragung, wurden 1368 Organisationen ausgewählt und zu ihrer Aktivität und Struktur befragt. Die ausgewählten Organisationen befinden sich in acht Schweizer Gemeinden, je vier davon aus dem Kanton Waadt und aus dem Kanton Bern. Diese beiden Kantone stehen für die verschieden ausgestalteten Institutionen innerhalb der

Schweiz. Bern repräsentiert die für die Partizipation der Bürger eher offenen Institutionen der Deutschschweiz, während der Kanton Waadt ein Beispiel für die weniger zugänglichen Institutionen der französischsprachigen Schweiz ist. Innerhalb der Kantone wurden die Gemeinden so ausgewählt, dass eine wichtige Stadt (Bern, Lausanne), eine Kleinstadt (Thun, Yverdon), eine Agglomerationsgemeinde (Bolligen, Crissier) und ein Dorf (Blumenstein, Champagne) vertreten sind (Baglioni, 2003:34f.). Dadurch soll eine möglichst grosse Repräsentativität bezüglich des Kontextes der Organisationen hergestellt werden.

Die ausgewählten Organisationen bildeten auch die Basis der zweiten Umfrage, der Befragung der Aktivisten dieser Organisationen. An 255 ausgewählte Organisationen wurden je 15 Fragebogen für die Aktivisten der Organisation verschickt. 956 Aktivisten aus 161 Organisationen haben den Fragebogen dieser Befragung (im Folgenden Aktivistenbefragung genannt) ausgefüllt. Zu diesen Aktivisten sind nun die zur Untersuchung notwendigen individuellen Daten vorhanden (ihr Partizipationsverhalten wurde detailliert erfragt), gleichzeitig können sie aber auch einer der in der Organisationsbefragung befragten Organisation zugeordnet werden.

Wenn nun die Daten der Organisationsbefragung mit den Daten der Aktivistenbefragung zusammengefügt werden, dann kann überprüft werden, welche Effekte die verschiedenen Arten von Organisationen auf das Partizipationsverhalten ihrer Mitglieder haben.

2. Theoretischer Teil

Weil der Begriff Sozialkapital (oder auch soziales Kapital) in der neueren Forschung für einiges Aufsehen gesorgt hat und schon fast zu einem Schlagwort geworden ist, muss zunächst aufgezeigt werden, welches Verständnis von Sozialkapital dieser Untersuchung zu Grunde liegt.

2.1. Das Sozialkapital in der Politikwissenschaft

Ausgehend von einem erweiterten Kapitalbegriff hat Pierre Bourdieu als einer der Ersten dem Sozialkapital eine klare theoretische Bedeutung verliehen. Er definiert es folgendermassen:

„Sozialkapital ist die Gesamtheit der aktuellen und potentiellen Ressourcen, die mit dem Besitz eines dauerhaften Netzes von mehr oder weniger institutionalisierten Beziehungen gegenseitigen Kennens oder Anerkennens verbunden sind; oder anders ausgedrückt, es handelt sich dabei um Ressourcen, die auf der Zugehörigkeit zu einer Gruppe beruhen“ (Bourdieu 1983:191).

Andere Autoren betonen teilweise andere Aspekte des Sozialkapitals. Portes stellt jedoch fest, dass bei allen Definitionen eine Gemeinsamkeit besteht: „... the consensus is growing in the literature that social capital stands for the ability of actors to secure benefits by virtue of

membership in social networks or other social structures“ (Portes 1998:6). Sozialkapital ist also eine Ressource, welche die Individuen nutzen können, in welche aber auch investiert werden muss.

Für die Politikwissenschaft ist aber vor allem Putnams Definition von Sozialkapital von Bedeutung. Seine Innovation liegt darin, dass er das Sozialkapital nicht mehr als individuelle, sondern als kollektive Ressource definiert: „Social capital refers to features of social organisation, such as trust, norms, and networks, that can improve efficiency of society facilitating coordinated action“ (Putnam 1993:167).

Wenn das Sozialkapital als kollektive Ressource definiert wird, kann es dazu verwendet werden, die unterschiedliche Effizienz von Demokratien zu erklären. Nach Putnam sind soziale Netzwerke die Voraussetzung für eine funktionierende und effiziente Demokratie (Putnam 1993:182). In den Netzwerken entstehen nämlich das für eine Kooperation notwendige Vertrauen und die Normen der Reziprozität (Normen im Sinne von „wie du mir so ich dir“), welche es ermöglichen, dass kurzfristiger Altruismus zu einem Bestandteil der langfristigen Strategie des Eigeninteresses wird (Taylor 1982:28f.).

Allerdings bedingt dieser Mechanismus horizontale Netzwerke, also solche, mit flachen inneren Hierarchien. Putnam argumentiert, dass in vertikalen Netzwerken kein Vertrauen entstehen kann, weil dort die Beziehungen zwischen den Mitgliedern asymmetrisch verlaufen. Auch Normen können nur existieren, wenn sie für alle gelten. Deshalb ist für Putnam klar, dass vertikale Netzwerke keinen positiven Einfluss auf die Effizienz von Demokratien haben.

Mit dieser Einschränkung gibt sich Putnam in *Making Democracy Work* jedoch bereits zufrieden. Die innere Hierarchie entscheidet also darüber, ob ein Netzwerk die Demokratie fördert oder nicht. Putnam interessiert sich nicht für die Ziele und Absichten des Netzwerkes. Deshalb fasst er seine Ergebnisse auch wie folgt zusammen: „Membership in horizontally ordered groups (like sport clubs, cooperatives, mutual aid societies, cultural associations, and voluntary unions) should be positively associated with good government“ (Putnam 1993:175).

2.2. Vereine und Demokratie

Schon bald nach dem Erscheinen von *Making Democracy Work* wurde Kritik an Putnams Argumentation geäußert. Verschiedene Autoren bezweifeln, dass allen horizontalen Organisationen einen positiven Einfluss auf die Demokratie zugeschrieben werden kann. Stellvertretend für die Kritik sei hier Margret Levi zitiert:

„...the soccer clubs and bowling leagues that are meant to produce such dense networks hardly seem up to the task. Certainly they are not particularly useful agents of the kind of sanctions and

information that are necessary to promote large-scale economic exchange. Nor is it clear that they produce norms of reciprocity with those outside the club; in fact, they may have just the opposite effect" (Levi 1996:47).

Wenn also nicht davon ausgegangen wird, dass alle Netzwerke die Demokratie fördern, so stellt sich die Frage, welche Organisationen denn dazu in der Lage sind. Die bisherigen Untersuchungen dieser Frage führten zu unterschiedlichen Ergebnissen gekommen. Dabei hat sich gezeigt, wie wichtig es ist, zunächst die Grundsatzfragen zu klären.

Zunächst muss beschrieben werden, welche Art von Netzwerken man untersucht. In dieser Untersuchung geht es um die sozialen Netzwerke der Organisationen. David Knoke definiert diese wie folgt: „A minimum definition of association is a formally organized named group most of whose members – whether persons or organisations – are not financially recompensed for their participation“ (Knoke 1986:2). Alle informellen (Familie, Freundeskreis etc.) und professionellen (Unternehmen) Netzwerke werden hier also nicht berücksichtigt.

Dann muss aber auch geklärt werden, von welchem Demokratieverständnis ausgegangen wird. Fung (2003:519) zeigt nämlich in einem Artikel auf, dass der Diskussion um die Förderung der Demokratie durch die Vereine drei verschiedene Auffassungen von Demokratie zu Grunde liegen. Hier soll von einem partizipatorischen Demokratieverständnis ausgegangen werden. Demnach sind Entscheidungen nur dann legitim, wenn sich möglichst viele Bürger daran beteiligen.

Aus diesem Demokratieverständnis lassen sich nun die Erwartungen an die Organisationen ableiten. Diese sollen die Bürger schulen und es ihnen so ermöglichen, an den demokratischen Prozessen teilzunehmen. Warren (2001:70ff.) beschreibt diese Funktion der Organisationen als *developmental effects*. Im Sinne von Schulen der Demokratie stärken die Organisationen die kritischen Fähigkeiten der Bürger (womit gemeint ist, dass der Bürger eigene Positionen vertreten, aber auch auf andere eingehen kann) und fördern das Gefühl der Bürger, etwas bewirken zu können (Effizienz). Wie Putnam bereits beschrieben hat, wird von den Organisationen auch erhofft, dass sie das abstrakte Vertrauen (Vertrauen in unbekannte Personen oder in Institutionen) und die Normen der Reziprozität fördern. Schliesslich kann von den Organisationen auch erwartet werden, dass sie ihren Mitgliedern vermitteln, dass die Partizipation eine Voraussetzung einer funktionierenden Gemeinschaft ist. Weil die Organisationen darauf angewiesen sind, dass ihre Mitglieder an ihren Aktivitäten teilnehmen, werden sie versuchen, diese Norm der Partizipation bei ihren Mitgliedern zu stärken.

Wenn die Organisationen tatsächlich *developmental effects* ausüben, dann haben die Bürger, die in Organisationen aktiv sind, mehr kritische Fähigkeiten, glauben etwas bewirken zu können, haben ein grösseres abstraktes Vertrauen, eine grössere Toleranz und eine stärker ausgebildete Norm

der Beteiligung. Diese Eigenschaften sollen im Folgenden als demokratische Fähigkeiten der Bürger bezeichnet werden.

Ein weiterer sehr wichtiger *developmental effect* ist die Förderung des politischen Interesses. Weil die Organisationen ihre Mitglieder mit Informationen versorgen, und weil die Mitglieder in Organisationen eher mit andern Meinungen konfrontiert werden, steigt bei den Bürgern, die sich in Organisationen betätigen, das politische Interesse.

Es ist nun anzunehmen, dass Bürger, deren demokratische Fähigkeiten und deren politisches Interesse in Organisationen gefördert werden, sich häufiger politisch beteiligen als andere.

Dies ist die Grundannahme dieser Untersuchung. Sie ist eine Präzisierung der von Tocqueville vermuteten und von Putnam und verschiedenen anderen Autoren (vgl. insbesondere Verba, Nie et al. 1978; Verba, Scholzman et al. 1993) aufgezeigten Beziehung zwischen den sozialen Netzwerken und der Demokratie. Gleichzeitig ist sie auch eine Einschränkung: es werden nur formelle Netzwerke (Organisationen in Sinne von Knoke) betrachtet und von den möglichen Effekten der Netzwerke werden nur die *developmental effects* untersucht, mit dem speziellen Fokus auf die politische Partizipation.

2.3. Politische Partizipation

Um die Grundannahme überprüfen zu können, muss zuerst definiert werden, was unter politischer Partizipation verstanden wird. Hier soll politische Partizipation nach Kaase und Marsh (1979:42) ganz allgemein als jene Aktivitäten von Bürgern verstanden werden, welche in der Absicht ausgeführt werden, entweder direkt oder indirekt die politischen Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen.

Nun gibt es verschiedene Möglichkeiten, politisch zu partizipieren. Neben der Teilnahme an Wahlen existieren zahlreiche andere Partizipationsformen, wie beispielsweise die Teilnahme an Streiks, Demonstrationen oder Boykotten. Es stellt sich die Frage, wie diese verschiedenen Partizipationsformen für die Untersuchung sinnvoll klassifiziert werden können.

Hier soll die Einteilung von Marsh und Kaase (1979:84) verwendet werden, welche von einer theoretisch begründeten Dichotomie ausgehen. Sie teilen die Partizipationsformen in konventionelle und unkonventionelle Aktivitäten ein. Konventionelle Partizipation beinhaltet alle Aktivitäten, die direkt oder indirekt den Wahlprozess betreffen. Dies sind traditionelle Formen der Beteiligung, wie die politische Diskussion, die Parteiaktivität, die Nutzung von politischen Medien oder auch die Teilnahme an politischen Treffen. Die unkonventionelle Partizipation ist hingegen ein Phänomen der postindustrialisierten Gesellschaft. Sie werden von Kaase und Marsh folgendermassen definiert: „...behaviour that does not correspond to the norms of law and custom that regulate political participation under a particular regime“ (Kaase/Marsh 1979:41).

Beispiele für Aktionen der unkonventionellen Partizipation sind Demonstrationen, Boykotte oder Petitionen.

Die Einteilung von Kaase und Marsh eignet sich deshalb gut, weil die von ihnen unterschiedenen Partizipationsformen auch unterschiedliche Anforderungen an die Bürger stellen. Die unkonventionelle Partizipation ist mit höheren Kosten verbunden als die konventionelle Beteiligung, weil sie die Normen überschreitet und sich die Bürger mit ihrer Teilnahme dadurch gesellschaftlich exponieren. Zusätzlich geht es bei der unkonventionellen Partizipation meist um problemspezifische Fragen, was die Anforderungen an den Informationsgrad erhöht.

Die Einteilung hat sich in verschiedenen Untersuchungen auch empirisch bewährt, allerdings hat sich gezeigt, dass es sinnvoll ist, die Wahlbeteiligung selbst als separate Klasse zu behandeln (Kaase/Marsh 1979:86). Es soll also zwischen den drei Beteiligungsformen der Wahlen, der konventionellen und der unkonventionellen Partizipation unterschieden werden. Es ist zu erwarten, dass nicht alle Partizipationsformen von den Organisationen gleich beeinflusst werden. Die Einteilung der Partizipation in die drei Klassen soll es also ermöglichen, ein differenzierteres Bild der Effekte der Organisationen zu erhalten.

2.4. Unterscheidungskriterien der Organisationen

Nun, da definiert ist, welche Netzwerke untersucht werden sollen und was für demokratische Effekte von den Organisationen erwartet werden, soll die von Levi formulierte Kritik an Putnam diskutiert werden (vgl. Kap. 2.2.). Haben Fussballclubs und Chöre wirklich eine so positive Wirkung auf die Demokratie? Muss nicht zwischen den verschiedenen Organisationen stärker differenziert werden?

Genau diese Zweifel äussern auch Stolle und Rochon in ihrem Artikel *Are All Associations Alike?* (1998). Während Putnam nur zwischen horizontalen und vertikalen Organisationen unterscheidet, untersuchen sie die Auswirkungen der verschiedenen Ziele der Organisationen:

„First, we explore the impact of the type of associational activity, the purposes to which the organization is dedicated. Our most fundamental expectation is, that association directed to different purposes will have different effects... In other words, we expect that although all associations may contribute to public social capital (...) not all associations contribute to social capital in the same ways or to the same degree” (Stolle/Rochon 1998:49).

Ihre Vermutungen werden in ihrer Untersuchung bestätigt. Es wird deutlich, dass die unterschiedlichen Ziele der Organisationen in Putnams Studien zum Sozialkapital zu wenig berücksichtigt wurden. Für diese Untersuchung stellt sich nun natürlich die Frage, welche Ziele von Organisationen zu einer höheren Partizipation der Mitglieder führen.

Laura Morales beantwortet diese Frage in ihrer Arbeit *Institutions, Mobilisation and Political Participation: Political Membership in Western Countries* (2004). Sie ist der Meinung, dass es vor allem

politische Organisationen sind, welche die Partizipation der Bürger fördern. Sie kommt zum Schluss:

„Where political organisations have a wide organisational network, and their infrastructures are more densely distributed across the territory, citizens are more exposed to political recruitment stimuli and, hence, they participate more“ (Morales 2004:342).

Die politische Dimension in der Verschiedenheit der Organisationen muss also unbedingt beachtet werden, wenn die politische Partizipation der Mitglieder erklärt werden soll.

Neben dem Fokus auf die Ziele der Organisationen lässt sich aber auch die strukturelle Unterscheidung Putnams zwischen horizontalen und vertikalen Organisationen weiter ausdifferenzieren. Putnam selbst führt in seinem zweiten wichtigen Werk zum Sozialkapital *Bowling Alone* (2000) die Unterscheidung zwischen *bridging* und *bonding social capital* ein. Dabei ist es entscheidend, ob sich die Organisationen eher nach aussen (*bridging*) oder nach innen (*bonding*) orientieren.

In dieser Untersuchung sollen also die Organisationen auf Grund von zwei Dimensionen unterschieden werden. Einerseits wird getrennt zwischen politischen und unpolitischen Organisationen, wodurch die Absicht der Organisationsaktivitäten genauer betrachtet wird. Andererseits wird unterschieden zwischen Organisationen, die *bridging* und jenen, die *bonding social capital* generieren. Durch diese Unterscheidung wird die Struktur der Organisationen berücksichtigt. Die beiden Unterscheidungen sollen nun im Folgenden ausführlicher beschrieben werden.

2.4.1. Politische und unpolitische Organisationen

Wie Morales (2004:9) zu recht kritisiert, wird die Unterscheidung zwischen politischen und unpolitischen Organisationen in der Literatur zum Zusammenhang zwischen Sozialkapital und Demokratie nur selten erwähnt. Sie ist jedoch nicht die erste Autorin, welche auf die Wichtigkeit der Unterscheidung zwischen politischen und unpolitischen Organisationen hinweist. Wie sie selber schreibt (Morales 2004:29), hat Lane bereits 30 Jahre vor der Debatte um das Sozialkapital die Frage diskutiert. Er kam zu folgendem Schluss:

„Clearly, there are marked differences between a bowling club and a political club and these differences will undoubtedly be associated with the effect of the organisation upon (1) the political process and (2) the political interest and motives of the individual members“ (Lane 1965:75).

Diese Annahme von Lane soll hier übernommen und überprüft werden. Dazu gilt es zuerst die politischen von den unpolitischen Organisationen abzugrenzen.

Morales formuliert in ihrer Arbeit die folgende Definition von politischen Organisationen:

„Therefore, political associations are defined as those formally organised groups who seek collective goods (whether they be pure public goods or another type of collective goods) and which have as their main goal to influence political decision-making processes, either by trying to influence the selection

of governmental personnel or their activities, include issues on the agenda or change the values and preferences which guide the decision-making process“ (Morales 2004:30).

Wichtig in dieser Definition ist vor allem der Fokus auf die Aktivitäten der Organisationen. Wenn diese politisch sind, gilt die Organisation als politisch. Es gibt verschiedene Gründe, weshalb angenommen wird, dass die Organisationen, welche der Definition entsprechen, einen positiven Einfluss auf die politische Partizipation ausüben. Natürlich ist dabei zu beachten, dass die Mitgliedschaft in einer politischen Organisation selber schon eine Form der politischen Partizipation darstellt. Von Interesse ist aber, warum angenommen werden kann, dass sie auch andere Formen von politischer Beteiligung fördert.

Zunächst ist die Vermittlung von Informationen zu nennen. Politische Organisationen senken die Kosten für politische Informationen, indem sie ihre Positionen vertreten. Die Verbreitung von Information stärkt das politische Interesse, was dann wieder zu einer grösseren Partizipation führt.

Ein zweiter wichtiger Faktor ist aber auch die Mobilisierungskraft der politischen Organisationen. Lane vermutet, dass die politischen Organisationen ihre Mitglieder besser mobilisieren können als andere: „Where politics is relevant to the general raison d’être of the group, members are more easily influenced to go along with the group“ (Lane 1965:192). Die politischen Organisationen aggregieren politische Forderungen, bringen aber auch neue Ideen ein und versammeln die Kräfte, die diese Ideen unterstützen (Knoke 1990:189f.). Sie ermöglichen es dem Bürger, seine stille Unzufriedenheit in politische Aktionen umzuwandeln (Klandermans 1997:9). Die Mobilisierung ist also eine der Hauptaktivitäten der politischen Organisationen. Deshalb ist es nur logisch zu vermuten, dass politische Organisationen eine stärkere Mobilisierungskraft haben als unpolitische.

Durch die Stärkung des politischen Interesses und die Mobilisierungsaktivität erreichen die politischen Organisationen eine höhere Beteiligung ihrer Mitglieder. Deshalb ist es für eine Erklärung der politischen Partizipation durch die Mitgliedschaft in Organisationen unumgänglich, zwischen politischen und unpolitischen Organisationen zu unterscheiden. Es ergibt sich die erste Hypothese:

H1	Die Mitglieder von politischen Organisationen beteiligen sich politisch stärker als die Mitglieder von unpolitischen Organisationen.
----	--

2.4.2. *Bridging* und *bonding social capital*

Als zweites wichtiges Unterscheidungskriterium der Organisationen soll, wie bereits angesprochen, die Differenzierung zwischen *bonding* und *bridging social capital* dienen. Putnam führte diese Unterscheidung als Reaktion auf den Vorwurf der zu starken Generalisierung der verschiedenen Netzwerke ein. *Bonding social capital* bezieht sich dabei auf das Vertrauen in einen kleinen Kreis von bekannten Mitmenschen, während das *bridging social capital* auf Beziehungen zu vielen unterschiedlichen und weniger gut bekannten Mitbürgern beruht.

Die Idee geht zurück auf die Forschungen von Granovetter (1973), der herausgefunden hat, dass schwache Beziehungen (*weak ties*), auch zu Personen aus anderen Netzwerken, einen grossen Nutzen bringen, da sie den Informationsfluss zwischen unabhängigen Gruppen ermöglichen. Damit beschrieb er bereits die Brückenfunktion von Beziehungen.

In eine ähnliche Richtung zielt auch das *structural-hole*-Argument von Burt (1992). *Structural holes* bestehen dann, wenn zwischen zwei Personen keine überlappenden Kontakte existieren (Burt 1992:18). Diese Lücke kann nun von einem Vermittler (*broker*) ausgefüllt werden. Dieser hat strategisch eine sehr günstige Position, da er Informationen von verschiedenen Netzwerken erhält. Der Unterschied zur Argumentation von Granovetter ist, dass nicht mehr die Stärke der Beziehungen wichtig ist, sondern die Position des Akteurs im Netzwerk.

Die Intensität und die Qualität der Beziehungen haben also für die Funktionen der Netzwerke eine entscheidende Bedeutung. Deswegen ist es nötig, zwischen Organisationen, die *bridging* und solchen die *bonding social capital* bilden, zu unterscheiden.

Das *bonding social capital* wird von exklusiven, homogenen und meist kleineren Verbänden gebildet, welche sich nach innen orientieren. Dieses Sozialkapital basiert vor allem auf der starken Bindung zwischen den Mitgliedern der Organisation. Weil unter den Mitgliedern wenig Differenzen bestehen, herrscht untereinander grosses Vertrauen und eine starke Loyalität. Als Beispiele für solche Organisationen nennt Putnam Bruderschaftsorganisationen oder kirchliche Frauenlesegruppen (Putnam 2000:22).

Bridging social capital hingegen wird eher bei inklusiven, heterogenen und grösseren Verbänden gefördert, welche die Öffentlichkeit suchen. Solche Organisationen können Bürger zusammenführen, die sich ausserhalb der Organisation kaum treffen würden. Beispiele für solche Organisationen sind Bürgerrechtsbewegungen und ökumenische kirchliche Organisationen (Putnam 2000:22).

Putnam bleibt vorsichtig bei der Beurteilung der Effekte, welche die zwei Arten von Sozialkapital haben können. Grundsätzlich erwartet er nach wie vor von beiden Formen positive Effekte auf die Demokratie. Dennoch weist er darauf hin, dass *bridging social capital* mehr zum Funktionieren einer Demokratie beitragen kann, weil es die Kooperation und das abstrakte Vertrauen stärker

fördert und schneller mehr Personen informieren kann (Putnam 2000:23). Es ist zu erwarten, dass die *developmental effects* der Organisationen mit *bridging social capital* stärker sind. Die Mitglieder solcher Gruppen lernen, Mitmenschen, mit denen sie wenig gemeinsam haben, zu respektieren und zu tolerieren. Sie lernen auch, in der Gruppe ihre Interessen zu vertreten. In einer Organisation müssen verschiedene Ansichten und verschiedene soziale Gruppen vertreten sein, damit sie als Schule der Demokratie funktionieren kann. Paxton fasst die Argumente, die für die demokratischen Effekte der Organisationen mit *bridging social capital* sprechen zusammen:

„Cross-cutting, or bridging, associations are connected to other associations and to the larger community. These associations should traverse social boundaries, increase members’ tolerance through contact with diverse others, and prevent the creation of isolated trust and networks. In contrast, isolated associations could intensify inward-focused behaviour, reduce exposure to new ideas, and exacerbate existing social cleavages. For these reasons, associations that are connected to the larger community should be more beneficial to democracy than associations that remain isolated.” (Paxton 2002:259).

Von den *bridging*-Organisationen werden also vor allem Effekte auf die demokratischen Fähigkeiten der Bürger erwartet. Der häufige Kontakt mit Leuten, die eine andere Meinung vertreten, stärkt die Fähigkeit, die eigene Meinung kritisch zu hinterfragen. Weil in solchen Organisationen viele verschiedene Bürger zusammenkommen und kooperieren, wird auch die Toleranz und das abstrakte Vertrauen gefördert. Weil sich die *bridging*-Organisationen gegen aussen orientieren, sind sie auch dem Gefühl der Effizienz und der Norm der Beteiligung förderlich. *Bonding*-Organisationen schotten ihre Mitglieder eher ab und nehmen ihnen so den Glauben an die Wirksamkeit und Wichtigkeit einer demokratischen Beteiligung. Im Extremfall ziehen sich ihre Mitglieder mit Gleichgesinnten ganz in die Organisation zurück, kümmern sich nicht um die Welt ausserhalb ihrer Organisation und begegnen allen äusseren Einflüssen mit Misstrauen (z.B. Mitglieder von Sekten).

Aus diesen Gründen wird erwartet, dass die *bridging*-Organisationen die Partizipation stärker fördern als *bonding*-Organisationen. Somit lässt sich die zweite Hypothese formulieren:

H2

Je mehr eine Organisation *bridging social capital* bildet, desto stärker ist die politische Partizipation ihrer Mitglieder.

3. Hypothesen und Modell

Nachdem nun aus den theoretischen Überlegungen die zwei Haupthypothesen der Arbeit hergeleitet worden sind, sollen diese spezifiziert und in einem Modell zusammengefasst werden. Dabei sollen auch die bisher noch nicht besprochenen intervenierenden Variablen berücksichtigt werden.

3.1 Spezifikation der Hypothesen

Die beiden Hypothesen postulieren einen Einfluss der Organisationseigenschaften auf die politische Partizipation der Organisationsmitglieder. Bei beiden Hypothesen muss jedoch zwischen einem direkten und einem indirekten Einfluss unterschieden werden.

Die politischen Organisationen haben dann einen direkten Einfluss auf das Partizipationsverhalten ihrer Mitglieder, wenn sie direkt zur politischen Beteiligung aufrufen und so ihre Mitglieder zu mobilisieren versuchen. Indirekt ist ihr Einfluss dann, wenn die Organisationen ihre Mitglieder informieren und bei diesen so das politische Interesse fördern.

Weil zwischen indirektem und direktem Einfluss unterschieden werden muss, beinhaltet die Hypothese 1 also eigentlich drei Hypothesen:

- 1a) Die Mitglieder von politischen Organisationen haben ein grösseres politisches Interesse als die Mitglieder von unpolitischen Organisationen.
- 1b) Je mehr sich ein Bürger für Politik interessiert, desto grösser ist seine politische Partizipation.
- 1c) Die Mitglieder von politischen Organisationen partizipieren politisch stärker als andere Aktivisten, unabhängig davon, wie gross ihr politisches Interesse ist.

Analog lässt sich auch von einem direkten und indirekten Einfluss der *bridging*-Organisationen auf die Partizipation ihrer Mitglieder sprechen. Weil in *bridging*-Organisationen Individuen aus verschiedenen Netzwerken zusammenkommen, erhöht sich in diesen Organisationen die Wahrscheinlichkeit, dass unter den Mitgliedern eine von einer politischen Entscheidung direkt betroffene Person ist. Diese Person kann nun in der *bridging*-Organisation eine mobilisierende Funktion ausüben. Dadurch werden die anderen Mitglieder direkt über ihre Mitgliedschaft in der Organisation zur Beteiligung motiviert.

Auch ein indirekter Einfluss ist zu vermuten. Es wurde ja bereits festgehalten, dass Organisationen, die *bridging social capital* bilden, die demokratischen Fähigkeiten fördern. Es ist anzunehmen, dass ein Bürger, der mehr demokratischen Fähigkeiten hat, auch stärker partizipiert. Wenn die Organisationen, die *bridging social capital* bilden, also wirklich die

demokratischen Fähigkeiten der Bürger fördern, dann beeinflussen sie über diese Fähigkeiten indirekt auch die Partizipation positiv.

Deshalb ist auch die zweite Hypothese in drei Unterhypothesen einzuteilen:

- 2a) Je mehr eine Organisation *bridging social capital* bildet, desto grösser sind die demokratischen Fähigkeiten ihrer Mitglieder.
- 2b) Je grösser die demokratischen Fähigkeiten eines Bürgers sind, desto grösser ist seine politische Partizipation.
- 2c) Je mehr eine Organisation *bridging social capital* bildet, desto grösser ist die Partizipation ihrer Mitglieder, unabhängig von deren demokratischen Fähigkeiten.

3.2. Intervenierende Variablen

Die beiden Hypothesen fokussieren auf die Art und die Struktur der Organisationen. Es wird aber nicht berücksichtigt, dass die verschiedenen Organisationen auch verschiedene Mitglieder haben könnten. Verschiedene Autoren (Newton 1997, Hooghe und Stolle 2003) vermuten nun aber, dass der Zusammenhang zwischen der Partizipation und der Mitgliedschaft in Organisationen nur darauf zurückzuführen ist, dass die Mitglieder von Organisationen unabhängig von ihrer Mitgliedschaft bessere individuelle Voraussetzungen zur Partizipation haben. Es wird deshalb nötig sein, die individuellen Eigenschaften der Mitglieder der Organisationen als kontrollierende Variablen ins Modell einzubeziehen.

Zunächst gilt es die soziodemographischen Faktoren zu berücksichtigen. In verschiedenen Untersuchungen (vgl. Gabriel et al. 2002:107-119) ist gezeigt worden, dass die soziodemographischen Eigenschaften einen wesentlichen Einfluss auf die soziale und politische Partizipation haben. Es ist daher möglich, dass der Zusammenhang zwischen der Mitgliedschaft in Organisationen und der politischen Partizipation eigentlich eine Folge gewisser soziodemographischen Faktoren ist. Die Faktoren, welche in dieser Arbeit berücksichtigt werden können, sind das Alter, das Geschlecht, das Bildungsniveau, das Haushaltseinkommen und die Positionierung auf der Links-Rechts-Skala.

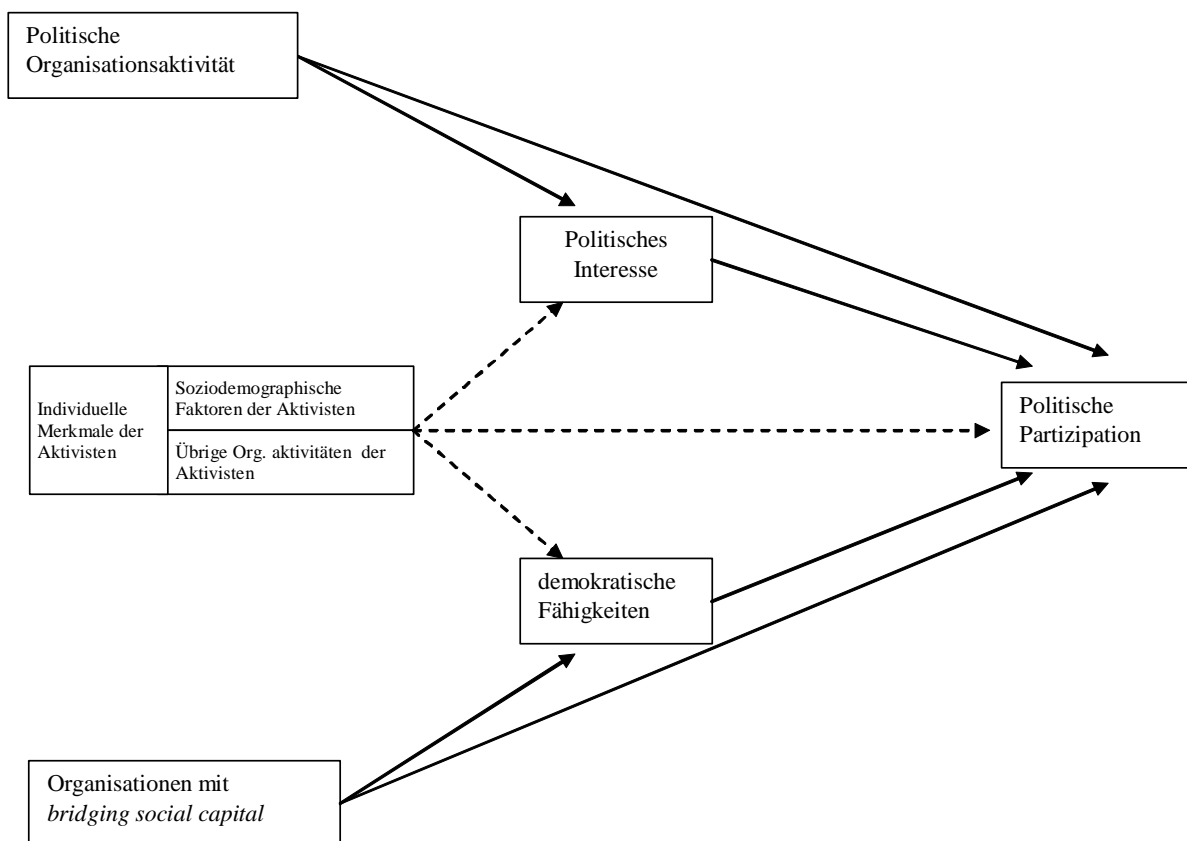
Neben den soziodemographischen Faktoren gilt es aber auch die Aktivität in anderen Organisationen zu berücksichtigen. Von den befragten Mitgliedern der Organisationen geben immerhin mehr als ein Viertel (25.8%) an, dass es für sie (mindestens) eine Organisation gebe, zu der sie sich stärker verbunden fühlen, als diejenige, zu der sie befragt worden sind. Bei diesem Viertel ist zu vermuten, dass eine andere Organisation mehr Einfluss auf die Partizipation hat als die zu untersuchende Organisation. Aber die Aktivität in anderen Organisationen muss nicht nur bei diesen Aktivisten berücksichtigt werden. Es ist beispielsweise möglich, dass ein Aktivist, der

zu einem unpolitischen Sportverein befragt worden ist, daneben auch in einer politischen Partei tätig ist, was wiederum einen Einfluss auf seine Partizipation haben kann. Wegen diesen möglichen Verfälschungen des Zusammenhangs zwischen der Art der Organisation und der Partizipation ist es nötig, die Aktivitäten der Befragten in anderen Organisationen als Kontrolle in das Modell zu integrieren.

3.3. Modell

Die beiden Hypothesen können nun zusammen mit den intervenierenden Variablen zu einem Modell zusammengefasst werden.

Tabelle 2 Das Modell



Die Pfeile symbolisieren dabei einen vermuteten positiven Zusammenhang. Die Organisationseigenschaften üben gemäss dem Modell einen direkten und einen indirekten (über das politische Interesse oder über die demokratischen Fähigkeiten) Einfluss auf die politische Partizipation ihrer Mitglieder aus. Ebenso wird erwartet, dass die individuellen Eigenschaften der Mitglieder (soziodemographische Faktoren und übrige Organisationsaktivitäten) die Partizipation sowohl direkt als auch indirekt über die Förderung des politischen Interesses oder der demokratischen Fähigkeiten beeinflussen.

4. Operationalisierung

Damit das Modell empirisch überprüft werden kann, müssen die einzelnen Variablen mit Hilfe von Indikatoren in messbare Grössen umgesetzt werden. Im Folgenden soll das Vorgehen bei der Operationalisierung der erklärenden Variablen (die Unterschiede zwischen den Organisationen) und der politischen Partizipation erläutert werden. Für die intervenierenden Variablen hingegen wird ebenso wie für die Variablen „politisches Interesse“ und „demokratische Fähigkeiten“ nur zusammenfassend dargestellt, welche Indikatoren gewählt wurden.

4.1. Operationalisierung der Unterschiede zwischen den Organisationen

Für die Unterscheidung zwischen politischen und unpolitischen Organisationen sind ihre Aktivitäten entscheidend. In der Befragung konnten die Organisationen ihre Hauptaktivität angeben. Dabei standen 13 Aktivitätsarten und die Kategorie „sonstiges“ zur Auswahl. Es geht nun darum, zu beurteilen, welche Aktivitäten politisch und welche unpolitisch sind. Für diese Einteilung wird auf die Untersuchung von Kriesi und Baglioni (2003) zurückgegriffen, die davon ausgehen, dass die Organisationen sich grundsätzlich dadurch unterscheiden, dass die Einen ihren Mitgliedern Dienstleistungen (*service*) anbieten, während die Anderen eine Vermittlerrolle zwischen ihren Mitgliedern und der Regierung einnehmen (*advocacy*). Die Dienstleistungsorganisationen werden selten versuchen, Einfluss auf den politischen Entscheidungsprozess zu nehmen und können daher als unpolitisch betrachtet werden. Die Organisationen, welche zwischen ihren Mitgliedern und der Regierung vermitteln, greifen jedoch aktiv in den politischen Entscheidungsprozess ein und sollen deshalb als politische Organisationen gelten.⁴

Die Operationalisierung der *bridging/bonding*-Dimension wird in der Forschung sehr verschieden ausgeführt. In dieser Arbeit sollen die Kontakte der Organisationen als Indikator dafür verwendet werden, ob eine Organisation *bridging social capital bildet*.

Paxton schreibt über die Vorteile von Organisationen mit Kontakten: „At a minimum, membership in association with ties to other associations would keep individuals from being isolated“ (Paxton 2002:269). Sie kommt in ihrer Untersuchung zum Ergebnis, dass Organisationen mit Kontakten zu anderen Organisationen positive Effekte auf die Demokratie haben, während isolierte Organisationen negative Effekte ausüben können (Paxton 2002:271). Kontakte zu anderen Organisationen führen dazu, dass Individuen aus verschiedenen Gruppen zusammentreffen, die keinen gemeinsamen sozialen Hintergrund haben und sonst wohl kaum in

⁴ Als unpolitisch gelten folgende Aktivitäten: Erholung und Sport, Geselligkeit, Selbsthilfe, Beratungen, Dienstleistungen für andere, Dienstleistungen für Mitglieder, soziale und lokale Integration. Als politisch sollen folgende Aktivitäten gelten: Verteidigung von Grundrechten, Mobilisierung von Mitgliedern, Werbung von Mitgliedern, Förderung von freiwilliger Arbeit, Mittelbeschaffung, Interessensvertretung.

Kontakt zu einander treten würden. Es ist also sicher sinnvoll, die Häufigkeit der Kontakte einer Organisation als Indikator für die *bridging*-Fähigkeiten einer Organisation zu benutzen.

Gemessen werden dabei einerseits die Kontakte zu anderen Organisationen, andererseits aber auch die Kontakte zu den politischen Behörden.

4.2. Operationalisierung der politischen Partizipation

Die *Teilnahme an Wahlen* kann direkt aus der Befragung operationalisiert werden. Die Aktivisten wurden nach ihrer Teilnahme an den Nationalratswahlen von 1999 gefragt. Die Antwortkategorien sind als ja/nein-dummy vorgegeben.

Die *konventionelle Partizipation* ist etwas aufwändiger zu operationalisieren. Kaase und Marsh (1979:42) zählen zu dieser Klasse die Teilnahme an politischen Diskussionen, die Nutzung von politischen Medien und die Parteiaktivitäten. Wegen der Gefahr einer Tautologie zur Mitgliedschaft in politischen Organisationen müssen aber die Parteiaktivitäten ausgeschlossen werden.

Die Teilnahme an politischen Diskussionen wird im Fragebogen direkt erhoben. Die Frage lautet: „Wie oft diskutieren Sie über politische Dinge mit anderen Leuten?“ Die vorgegebenen Antwortkategorien sind oft, manchmal, selten oder nie. „Nie“ soll nun den Wert 1, „oft“ den Wert 4 erhalten.

Die Nutzung von politischen Medienerzeugnissen wird in der Befragung in einer Frage mit vier Teilfragen erhoben,⁵ welche mit Hilfe einer Faktorenanalyse zu einem Indikator für die Nutzung von politischen Medien zusammengefasst werden.

Es besteht eine starke Korrelation zwischen der Häufigkeit der Teilnahme an politischen Diskussionen und der Nutzung von politischen Medien.⁶ Die beiden Formen der Partizipation können also gut zu einem Indikator der konventionellen Partizipation zusammengefasst werden. Dazu werden die Werte für die Teilnahme an politischen Diskussionen standardisiert und dann mit den Faktorwerten „Nutzung von politischen Medien“ addiert.

Die *unkonventionelle Partizipation* schliesslich, wird mit einem additiven Index operationalisiert. In der Aktivistenbefragung wurde folgende Frage gestellt: „Es gibt verschiedene Möglichkeiten, wie man versuchen kann, etwas in der Gesellschaft zu verbessern, oder wie man versuchen kann, eine

⁵ Wie oft... a) lesen Sie die politischen Teile einer Zeitung? b) hören oder sehen Sie Nachrichtensendungen im Radio oder im Fernsehen? c) hören oder verfolgen Sie andere Sendungen zu aktuellen politischen und gesellschaftlichen Themen im Radio oder im Fernsehen? d) benutzen Sie das Internet, um Informationen über Politik und Gesellschaft zu erhalten? Die Antwortkategorien lauten 1 „täglich“, 2 „an 3-4 Tagen pro Woche“, 3 „an 1-2 Tagen pro Woche“, 4 „weniger häufig“, 5 „nie“.

⁶ Der Pearsonsche Korrelationskoeffizient R beträgt 0.509.

Verschlechterung zu verhindern. Haben Sie im Verlaufe der letzten zwölf Monate irgendeines der folgenden Dinge unternommen?“ Dann werden verschiedene mögliche Partizipationsformen aufgezählt. Von diesen Möglichkeiten sollen die Unterzeichnung einer Petition, das Tragen oder Aufkleben von Abzeichen politischer Kampagnen, die Teilnahme an einer Demonstration und die Teilnahme an einem Boykott zur unkonventionellen Partizipation gezählt werden. Alle diese Beteiligungsformen verlangen ein persönliches Engagement und sind in dem Sinn unkonventionell, da sie nicht den vom politischen System vorgegebenen Normen entsprechen. Sie korrelieren alle untereinander und können deshalb zu einem Index zusammengefasst werden. Jede Partizipationsform, die ausgeführt wurde, wird dabei einmal gezählt. Dadurch entsteht für die unkonventionelle Partizipation ein Index, der Werte von 0-4 erreichen kann.

4.3. Operationalisierung des Interesses und der Fähigkeiten

	Variable	Frage	Operationalisierung	Werte
	politisches Interesse	Im allgemeinen, wie stark sind sie an Politik interessiert?	Vier Kategorien	1=überhaupt nicht bis 4=sehr interessiert
demokratische Fähigkeiten	Kritische Fähigkeiten	Um ein guter Bürger zu sein, wie wichtig ist es, die eigenen Meinungen kritisch zu überprüfen?	Skala von 0-10	0=überhaupt n. wichtig 10=sehr wichtig
	Gefühl der Effizienz	vier Fragen zur Effizienz*	Indikatorbildung durch Faktorenanalyse	Je höher der Wert, desto mehr glauben die Befragten an die Effizienz ihrer Beteiligung
	Vertrauen	Würden sie sagen, dass man im Umgang mit anderen Menschen nie vorsichtig genug sein kann, oder dass man den meisten Menschen vertrauen kann?	Skala von 0-10	0=man kann nie vorsichtig genug sein, 10=man kann den meisten vertrauen
	Toleranz	Soll es diesen Gruppen a) erlaubt sein, öffentlicher Versammlungen abzuhalten und b) würden sie diese Leute als Nachbarn akzeptieren?	Additiver Index: pro positiver Antwort ein "Toleranzpunkt". Bei den 11 aufgelisteten Minderheiten sind Werte von 0-22 möglich.	0=keine Toleranz 22=Tolerant gegenüber allen Gruppen
	Norm der Beteiligung	Um ein guter Bürger zu sein, wie wichtig ist es, an öffentlichen Wahlen teilzunehmen?	Skala von 0-10	0=überhaupt n. wichtig 10=sehr wichtig

* 1) Wie gross sind die Möglichkeiten gewöhnlicher Leute, ihre Meinungen Politikern mitzuteilen?“ 2) „Wie viel Gewicht messen die Politiker den Meinungen bei, die ihnen von gewöhnlichen Leuten mitgeteilt werden?“ 3) „Haben Leute wie Sie weniger oder mehr Möglichkeiten als andere, ihre Meinung Politikern mitzuteilen?“ 4) „Haben Leute wie Sie weniger oder mehr Möglichkeiten als andere, Politiker dazu zu bringen, ihre Meinung zu ändern?“

4.4. Operationalisierung der intervenierenden Variablen

- Soziodemographische Faktoren:

Variable	Frage	Operationalisierung	Werte
Alter	In welchem Jahr wurden sie geboren?	Jahr der Befragung (2002) - Jahrgang	Alter in Jahren
Geschlecht	Sind sie männlich oder weiblich?	Dummy-Variable	0=weiblich, 1=männlich
Bildungsniveau	Welches ist ihr höchster Ausbildungsabschluss?	Bildung einer Dummy-Variablen, hohe Ausbildung ab Abschluss Maturitätsschule/Lehrerseminar	0=keine hohe Bildung 1=hohe Bildung
Haushaltseinkommen	Wie hoch ist das monatliche Netto-einkommen ihres Haushaltes gegenwärtig?	Bildung einer Dummy-Variablen, hohes Einkommen ab 6000 Fr.	0=k. hohes Einkommen 1= hohes Einkommen
Links-Rechts-Positionierung	Wo auf dem links-rechts-Massstab würden sie im allgemeinen ihre Einstellung einstufen?	Skala von 0-10	0=links 10=rechts

- Aktivität in anderen Organisationen:

Um die Aktivität in anderen Organisationen zu erheben, wird gesamte Aktivität einer Person in verschiedenen Organisationen erhoben. Pro Aktivität in einer Organisation (Mitgliedschaft, Teilnahme an Aktivitäten, Spenden von Geld, freiwillige Arbeit) gibt es ein „Aktivitätspunkt“. Von diesen „Aktivitätspunkten“ werden nun alle Aktivitäten abgezogen, welche auf die Mitgliedschaft in derjenigen Organisation zurückzuführen sind, zu welcher die Person befragt worden ist.

5. Analyse

Nachdem nun alle Variablen des Modells operationalisiert sind, können die vermuteten Zusammenhänge statistisch überprüft werden. In einem ersten Schritt sollen die einzelnen Hypothesen untersucht werden, danach wird das Modell als Ganzes überprüft.

5.1. Überprüfung der ersten Hypothese

Die erste Hypothese postuliert einen positiven Zusammenhang zwischen der Mitgliedschaft in politischen Organisationen und der politischen Partizipation. Es wird davon ausgegangen, dass die Partizipation einerseits direkt durch die Mitgliedschaft in einer politischen Organisation gefördert wird, andererseits auch indirekt über ein gesteigertes politisches Interesse. Zunächst soll festgestellt werden, ob überhaupt ein Zusammenhang zwischen der Mitgliedschaft in politischen Organisationen und der Partizipation besteht. Das geschieht mit Hilfe von Korrelationskoeffizienten und den Angaben zur Signifikanz. In der Tabelle 3 sind die Pearsonschen Korrelationskoeffizienten für die Zusammenhänge zwischen der Mitgliedschaft in politischen Organisationen und den verschiedenen Partizipationsformen aufgelistet.

Tabelle 3 Korrelationen zw. der Mitgliedsch. in pol. Org. und der politischen Partizipation
Pearsonsche Korrelationskoeffizienten

	Wahlen ^a	konv. Part.	unkonv. Part.
pol. Org.	.110***	.191***	.163***
N	950	926	950

***= $p < .001$

^a fehlende Werte wurden mit dem Mittelwert ersetzt

Tatsächlich können für alle Partizipationsformen positive, signifikante Korrelationen festgestellt werden. Es bestehen also Zusammenhänge zwischen der Mitgliedschaft in politischen Organisationen und der politischen Partizipation. Die Zusammenhänge müssen nun aber natürlich noch genauer untersucht werden.

Möglicherweise besteht der gemessene Einfluss nämlich nur deshalb, weil die politischen Organisationen das politische Interesse fördern, und dieses wiederum einen positiven Einfluss auf die Partizipation hat. Deshalb muss zunächst der indirekte Einfluss der Organisationen auf die Partizipation überprüft werden.

Mittels Regressionsanalyse soll deshalb zunächst untersucht werden, ob Mitglieder politischer Organisationen ein grösseres politisches Interesse haben als Mitglieder unpolitischer Organisationen.

Tabelle 4 Multiple Regressionsanalyse für die Hypothese 1a)

Standardisierte Regressionskoeffizienten für das politische Interesse

	Modell1	Modell2	Modell3
Politische Organisationen	.218***	.208***	.190***
Geschlecht		-.047	-.053
Alter ^a		.123***	.056
hohes Einkommen ^a		.142***	.104**
hohe Bildung		.099**	.083**
Links-Rechts-Skala ^a		-.161***	-.115***
Aktivität in anderen Org.			.249***
adj. R ²	.047	.107	.160
N	922	901	901

*= $p < .05$; **= $p < .01$; ***= $p < .001$

^a= fehlende Werte durch Mittelwert ersetzt

Die Regressionskoeffizienten des Modells 1 zeigen, dass tatsächlich ein signifikanter Einfluss der Art der Organisationen auf das politische Interesse ihrer Mitglieder besteht. Die Erklärungskraft des Modells ist aber relativ gering ($R^2=0.047$).

Im Modell 2 werden die soziodemographischen Faktoren als Kontrollvariablen eingefügt. Die verschiedenen soziodemographischen Faktoren haben eine unterschiedliche Erklärungskraft. Das politische Interesse steigt mit dem Alter, dem Einkommen, der Bildung und der linken Positionierung auf der Links-Rechts-Skala. Das Geschlecht hat keinen Einfluss auf das politische Interesse.

Der Einfluss der Mitgliedschaft in politischen Organisationen wird durch die Kontrolle nur schwach verringert. Das Modell 2 zeigt also, dass ein von den soziodemographischen Faktoren unabhängiger Einfluss der Mitgliedschaft in politischen Organisationen auf das politische Interesse besteht.

Nun kann in einem dritten Schritt (Modell 3) noch überprüft werden, ob der Einfluss auch dann bestehen bleibt, wenn die Aktivität in anderen Organisationen als intervenierende Variable eingeführt wird. Es zeigt sich, dass die Aktivität in anderen Organisationen einen relativ starken Einfluss ausübt. Bürger mit stärkerer Aktivität interessieren sich offensichtlich mehr für die Politik. Dies bestätigt die Annahme der Theorie des Sozialkapitals, dass die sozialen Netzwerke der Organisationen generell das politische Interesse der Bürger fördern.

Weil aber die zentrale Frage dieser Arbeit ist, ob die Art der Organisation zu unterschiedlichen Effekten führt, ist es wichtiger festzustellen, dass der Einfluss der Mitgliedschaft in politischen Organisationen auf das politische Interesse auch bei einer Kontrolle mit der Aktivität in anderen Organisationen bestehen bleibt.

Die Mitgliedschaft in politischen Organisationen beeinflusst also das politische Interesse der Bürger positiv. Nun stellt sich die Frage, ob vor allem dieser Zusammenhang dazu führt, dass Mitglieder in politischen Organisationen sich häufiger politisch beteiligen, oder ob dafür eher die Mobilisierungskraft dieser Organisationen verantwortlich ist. Es geht nun also darum, die gesamte erste Hypothese zu überprüfen und festzustellen, ob der direkte oder der indirekte Einfluss der Mitgliedschaft in politischen Organisationen auf die Partizipation wichtiger ist.

Tabelle 5 Multiple Regression für die gesamte Hypothese 1

Standardisierte Regressionskoeffizienten⁷

	Modell 1			Modell 2		
	Wahlen ^a	konv. Part.	unkonv. Part.	Wahlen ^a	konv. Part.	unkonv. Part.
Politische Organisationen	.027	.032	.081**	.028	.026	.094**
Politisches Interesse	.397***	.735***	.375***	.338***	.699***	.283***
Geschlecht				-.004	-.119***	.014
Alter ^a				.222***	.060**	-.081**
hohes Einkommen ^a				.047	.034	-.047
hohe Bildung				.117***	.047	.002
Links-Rechts-Skala ^a				-.020	.024	-.278***
Aktivität in anderen Org.				.016	.070**	.227***
adj. R ²	.161	.550	.159	.219	.582	.300
N	922	903	922	901	882	901

*= $p < .05$; **= $p < .01$; ***= $p < .001$ ^a= fehlende Werte durch Mittelwert ersetzt

Im Modell 1 sind die beiden Hypothesen 1b) und 1c) enthalten, ohne Berücksichtigung der intervenierenden Variablen. Dadurch kann überprüft werden, ob der direkte oder der indirekte Einfluss grösser ist. Es zeigt sich deutlich, dass der indirekte Einfluss über das politische Interesse viel stärker ist, als die direkte Mobilisierung. Für die Partizipationsformen der Wahlen und der konventionellen Partizipation ist gar kein direkter Einfluss messbar. Die oben nachgewiesenen Einflüsse der Mitgliedschaft in politischen Organisationen auf diese beiden Klassen der Beteiligung bestehen nur deshalb, weil eine solche Mitgliedschaft das politische Interesse der Bürger stärkt und dieses wiederum die Partizipation fördert. Hingegen kann für die unkonventionelle Partizipation ein vom politischen Interesse unabhängiger Einfluss festgestellt werden. Zwar wird auch die unkonventionelle Partizipation stärker vom politischen Interesse beeinflusst, aber die Mobilisierungskraft der politischen Organisationen hat einen unabhängigen direkten Einfluss.

Im Modell 2 werden dann die intervenierenden Variablen hinzugefügt. Für die Teilnahme an Wahlen sind die soziodemographischen Faktoren des Alters und der Bildung wichtig. Ältere Bürger und solche mit einem hohen Bildungsniveau beteiligen sich eher an Wahlen als ihre Mitbürger. Der klar wichtigste Einfluss bleibt aber das politische Interesse. Die Stärke der Aktivität in anderen Organisationen hat keinen direkten Einfluss auf die Wahlbeteiligung.

Noch ausgeprägter ist die Dominanz der Erklärungskraft des politischen Interesses für die konventionellen Beteiligungsformen. Von den soziodemographischen Faktoren spielen nur das

⁷ Die Partizipationsform der Wahlen ist mit einer dummy-Variable erhoben worden (vgl. Kap. 4.4.3.). Deshalb wäre für diese Beteiligungsform eigentlich nur das Analyseverfahren der binären logistischen Regression zulässig. Weil aber die Werte der multiplen Regression leichter interpretierbar sind, wurde dennoch dieses Verfahren gewählt. Die Resultate wurden allerdings mit einer binären logistischen Regression überprüft, wobei keine wichtigen Unterschiede festgestellt wurden.

Geschlecht und das Alter eine Rolle. Männliche und ältere Bürger beteiligen sich eher konventionell als weibliche und jüngere Bürgerinnen. In Bezug auf die Fragestellung ist interessant, dass die Aktivität in anderen Organisationen auch einen signifikanten Einfluss auf die konventionelle Partizipation hat. Sozial aktivere Bürger beteiligen sich also häufiger konventionell als andere.

Schliesslich ist das politische Interesse auch für die unkonventionelle Partizipation der wichtigste Erklärungsfaktor. Aber die soziodemographischen Faktoren haben mehr Einfluss als bei den anderen Beteiligungsformen. Interessant ist, dass die unkonventionelle Partizipation vor allem bei jüngeren und linken Bürgern verbreitet ist. Ebenfalls einen starken, vom politischen Interesse unabhängigen Einfluss übt die Aktivität in anderen Organisationen aus. Bürger, die sich stärker sozial beteiligen, nehmen häufiger an Aktionen der unkonventionellen Partizipation teil. Wichtig ist aber vor allem, dass der direkte Einfluss der Mitgliedschaft in politischen Organisationen auf die unkonventionelle Partizipation auch bei der Kontrolle mit den intervenierenden Variablen bestehen bleibt.

Es können also drei Ergebnisse der Untersuchung zur Hypothese 1 festgehalten werden:

- 1) Die Mitgliedschaft in politischen Organisationen führt verglichen mit der Mitgliedschaft in unpolitischen Organisationen tatsächlich zu einer höheren Beteiligung. Für alle drei Partizipationsformen können signifikante Zusammenhänge nachgewiesen werden, auch wenn die Stärke dieser Zusammenhänge bescheiden bleiben.
- 2) Die Zusammenhänge entstehen vor allem auf dem indirekten Weg über die Förderung des politischen Interesses. Das politische Interesse ist eine gute Erklärung für alle drei Partizipationsformen und wird von der Mitgliedschaft in politischen Organisationen positiv beeinflusst. Mit den hier verwendeten Variablen bleibt allerdings auch ein beträchtlicher Teil des politischen Interesses unerklärt.
- 3) Es besteht kein vom politischen Interesse unabhängiger Einfluss auf die Partizipationsformen der Wahlen und der konventionellen Partizipation. Hingegen lässt sich sagen, dass die Mitglieder politischer Organisationen im Vergleich mit anderen Aktivisten unabhängig von ihrem politischen Interesse häufiger unkonventionell partizipieren.

Insgesamt kann also die Hypothese 1 bestätigt werden, aber es muss auch darauf hingewiesen werden, dass die gefundenen Zusammenhänge nicht besonders stark sind. Das politische Interesse, der dominierende Erklärungsfaktor für alle drei Partizipationsformen, wird nur zu einem Teil durch die Mitgliedschaft in politischen Organisationen erklärt. Die Partizipation wird

also über das politische Interesse noch von anderen, im Modell der Hypothese 1 nicht enthaltenen Faktoren wesentlich beeinflusst.

Erwähnenswert ist auch, dass kein direkter Einfluss der Mitgliedschaft in politischen Organisationen auf die Wahlbeteiligung und auf die konventionelle Partizipation festgestellt werden konnte. Offensichtlich mobilisieren die Organisationen ihre Aktivisten für diese beiden Partizipationsformen nicht. Die Vermittlung von Information durch die politischen Organisationen führt zwar zu einem grösseren politischen Interesse, aber die Bürger werden nicht direkt über die Organisation dazu animiert, an den Wahlen teilzunehmen, politische Medien zu konsumieren oder an politischen Diskussionen teilzunehmen. Wenn ein Mitglied einer unpolitischen Organisation gleich interessiert ist an Politik wie ein Mitglied einer politischen Organisation, dann besteht für beide Mitglieder eine gleich grosse Wahrscheinlichkeit, dass sie an Wahlen teilnehmen oder sich konventionell beteiligen.

Für die unkonventionelle Partizipation spielt die Mobilisation der Mitglieder politischer Organisationen aber eine Rolle. Bei gleichem politischen Interesse beteiligen sich die Mitglieder politischer Organisationen eher an Aktionen der unkonventionellen Partizipation als andere Aktivisten. Diese Form der Beteiligung unterscheidet sich deutlich von den anderen beiden Klassen der Partizipation. Es sind die jüngeren, aktiveren und linkeren Bürger, die sich an Demonstrationen, Petitionen, Boykotten und Kampagnen beteiligen. Diese Beteiligungsformen sind ziemlich kostenintensiv. Es muss mehr Zeit dafür aufgewendet werden als für eine Wahl oder für konventionelle Partizipation, und bis zu einem gewissen Mass exponiert man sich bei einer Beteiligung auch öffentlich mit seiner Meinung. Diese Partizipationsformen sind nicht traditionell verankert wie die Wahlbeteiligung oder die konventionelle Partizipation, und viele Bürger schrecken davor zurück, zu solchen Mitteln der Beteiligung zu greifen.

Deswegen ist hier die Mobilisationsfunktion der Organisationen wichtig. Die Bürger werden durch die politischen Organisationen zur unkonventionellen Partizipation motiviert. Die Organisationen planen Aktionen der unkonventionellen Partizipation und führen diese durch. Sie erreichen so, dass auch Mitglieder sich beteiligen, die sich nicht stärker für Politik interessieren als andere Aktivisten.

Die politischen Organisationen sind also nicht besonders stark bei der Förderung der Partizipation im Allgemeinen, aber sie tragen dazu bei, dass alternative Formen der Partizipation von mehr Bürgern genutzt werden.

5.2. Überprüfung der zweiten Hypothese

Nach der Analyse des Einflusses der Mitgliedschaft in politischen Organisationen auf die Partizipation soll nun analog dazu der Einfluss der Mitgliedschaft in *bridging*-Organisationen untersucht werden. Ein Einfluss auf die Partizipation wird aus zwei Gründen erwartet:

Erstens schulen die Organisationen mit *bridging social capital* ihre Mitglieder im Umgang mit anderen Bürgern. Dadurch erhöhen sich die demokratischen Fähigkeiten, was zu einer stärkeren politischen Beteiligung führt. Zweitens wird auch ein direkter Einfluss erwartet. Mitglieder von *bridging*-Organisationen haben mehr Kontakte zu unterschiedlichen Gruppen, was die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass sie für ein Anliegen mobilisiert werden.

Es soll also wiederum zuerst überprüft werden, ob überhaupt ein Einfluss der Mitgliedschaft in *bridging*-Organisationen auf die Partizipation nachweisbar ist. Die Tabelle 6 zeigt die Korrelationskoeffizienten an für die Beziehung zwischen der Mitgliedschaft in *bridging*-Organisationen und der politischen Partizipation.

Tabelle 6 Korrelationen zw. Mitgliedsch. in *bridg.*-Org. und der politischen Partizipation
Pearsonsche Korrelationskoeffizienten

	Wahlen ^a	konv. Part	unkonv. Part.
<i>brid.</i> -Org. ^a	.090**	.147***	.199***
N	956	932	956

= $p < .01$; *= $p < .001$

^a fehlende Werte wurden mit dem Mittelwert ersetzt

Für alle drei Partizipationsformen können tatsächlich signifikante Einflüsse nachgewiesen werden. Die Zusammenhänge sind in etwa gleich stark wie die Zusammenhänge zwischen der Mitgliedschaft in politischen Organisationen und den Beteiligungsformen.

Wieder stellt sich die Frage, ob diese Zusammenhänge eher auf den direkten oder den indirekten Einfluss zurückzuführen ist. Deshalb soll zunächst mit Hilfe einer Regressionsanalyse festgestellt werden, wie stark die einzelnen demokratischen Fähigkeiten durch die Mitgliedschaft in *bridging*-Organisationen beeinflusst werden.

Tabelle 7 Multiple Regressionsanalyse für die Hypothese 2a)

Standardisierte Regressionskoeffizienten					
	kritische				
	Fähigkeiten ^a	Effizienz ^a	Vertrauen	Toleranz ^a	Beteiligung ^a
<i>bridging</i> -Org. ^a	.101**	.204***	.059	.075**	.132***
Geschlecht	.037	-.050	-.025	.022	.042
Alter ^a	.059	-.062	.111**	-.122***	.172***
hohes Einkommen ^a	.034	.101**	.048	.120***	.000
hohe Bildung	.081*	.095**	.074*	.028	.089**
Links-Rechts-Skala ^a	-.171***	.004	-.123***	-.215***	-.140***
Aktivität in anderen Org.	.086*	.213***	.114**	.136***	.138***
adj. R ²	.066	.114	.055	.114	.112
N		927	911	927	927

*=p<.05; **=p<.01; ***=p<.001

Zwischen den einzelnen Fähigkeiten sind grosse Unterschiede festzustellen. Während das R² für das Gefühl der Effizienz, die Toleranz und die Norm der Beteiligung Werte über 0.1 erreicht, bleibt die Erklärungskraft der untersuchten Variablen für die kritischen Fähigkeiten und das generelle Vertrauen doch ziemlich gering (R²=0.066 bzw. 0.055).

Für die Fragestellung besonders wichtig ist, dass bei den meisten demokratischen Fähigkeiten der Einfluss der Art der Organisation auch unter Einbezug der intervenierenden Variablen signifikant ist. Vor allem für das Gefühl der Effizienz scheint es wichtig zu sein, wie viele horizontale und vertikale Kontakte die Organisation eines Aktivisten hat. Beim generellen Vertrauen der Bürger ist jedoch kein signifikanter Einfluss der Art der Organisation feststellbar.

Nun sollen noch kurz die Einflüsse der intervenierenden Variablen diskutiert werden. Während das Geschlecht auf keine der demokratischen Fähigkeiten einen signifikanten Einfluss ausübt, muss das Alter bei drei der fünf Fähigkeiten in der Analyse berücksichtigt werden: die älteren Bürger haben ein grösseres generelles Vertrauen und eine stärkere Norm der Beteiligung, sind aber weniger tolerant. Bei Leuten mit einem hohen Einkommen ist das Gefühl der Effizienz und die Toleranz grösser. Die Bildung hat einen positiven Einfluss auf alle demokratischen Fähigkeiten ausser der Toleranz, und auch die Positionierung auf der Links-Rechts-Skala ist für fast alle (die Ausnahme ist das Gefühl der Effizienz) demokratischen Fähigkeiten relevant. Je linker die Bürger sich positionieren, desto grösser sind ihre demokratischen Fähigkeiten.

Die intervenierende Variable der Aktivität in anderen Organisationen beeinflusst auch alle demokratischen Fähigkeiten positiv. Dies entspricht der Theorie, die Annahme war ja, dass Kontakte zu verschiedenen Personen in verschiedenen Umfeldern die demokratischen Fähigkeiten fördert. Wenn ein Aktivist in mehreren anderen Organisationen tätig ist und dort

viele Kontakte knüpft, dann hat dies genauso einen positiven Einfluss auf die demokratischen Fähigkeiten, wie wenn die Kontakte über die Mitgliedschaft in einer *bridging*-Organisation entstanden wären. Die Regressionskoeffizienten zeigen gar, dass dieser Einfluss noch etwas stärker ist als der Einfluss der Art der Organisation.

Nachdem nun ein Einfluss der Art der Organisation auf die demokratischen Fähigkeiten der Aktivisten nachgewiesen worden ist, muss die Hypothesen 2b) überprüft werden. Die Hypothese 2b) lautet: Je grösser die demokratischen Fähigkeiten eines Bürgers sind, desto grösser ist seine politische Partizipation. Der Einfluss der verschiedenen demokratischen Fähigkeiten soll für alle drei Formen der politischen Partizipation untersucht werden. Natürlich werden dabei die intervenierenden Variablen als Kontrolle berücksichtigt. In einem zweiten Analyseschritt soll dann aber auch die Organisationsart in die Analyse miteinbezogen werden. Dadurch kann die Hypothese 2c) überprüft werden, welche ja einen von den politischen Fähigkeiten unabhängigen Einfluss der Organisationsart auf die politische Partizipation vermutet.

Mit der gleichzeitigen Überprüfung der Hypothesen 2b) und 2c) kann dann auch beurteilt werden, ob der direkte oder der indirekte Einfluss stärker ist.

Tabelle 8 Multiple Regressionsanalyse für die gesamte Hypothese 2

Standardisierte Regressionskoeffizienten

	Modell 1			Modell2		
	Wahlen ^a	konv. Part.	unkonv. Part.	Wahlen ^a	konv. Part.	unkonv. Part.
Kritische Fähigkeiten	.032	.051	.037	.031	.048	.031
Gefühl der Effizienz	.097**	.308***	.104**	.094**	.297***	.085**
Vertrauen	.063*	.018	-.017	.063*	.018	-.017
Toleranz	.021	-.012	.060	.020	-.015	.054
Norm der Beteiligung	.237***	.214***	.164***	.236***	.211***	.157***
Geschlecht	-.034	-.157***	-.007	-.036	-.165***	-.022
Alter ^a	.195***	.067*	-.088**	.194***	.064*	-.094**
hohes Einkommen ^a	.066*	.066*	-.040	.067*	.069*	-.035
hohe Bildung	.109***	.065*	.011	.109***	.066*	.012
Links-Rechts-Skala ^a	-.007	-.002	-.259***	-.006	.002	-.251***
Aktivität in anderen Org.	.049	.142***	.242***	.049	.143***	.244***
<i>bridging</i> -Organisationen				.018	.062*	.112***
adj. R ²	.209	.323	.259	.208	.326	.270
N	911	892	911	911	892	911

*=p<.05; **=p<.01; ***=p<.001

^a= fehlende Werte durch Mittelwert ersetzt

Die Analyse der Hypothese 2b) (Modell 1) zeigt, dass nicht alle demokratischen Fähigkeiten einen messbaren Einfluss auf die politische Partizipation ausüben. Die kritischen Fähigkeiten beispielsweise, beeinflussen weder die Wahlbeteiligung noch die konventionelle oder die

unkonventionelle Partizipation signifikant. Es lässt sich sogar sagen, dass von den fünf untersuchten demokratischen Fähigkeiten nur das Gefühl der Effizienz und die Norm der Beteiligung für die Partizipation wichtig sind. Die Bürger, welche überzeugt davon sind, dass sich ein Engagement lohnt, und jene, die eine Beteiligung für eine wichtige Aufgabe eines Bürgers halten, beteiligen sich häufiger.

Im Modell 2 wird neben dem indirekten Einfluss auch der direkte Einfluss, also die Mobilisationskraft der *bridging*-Organisationen berücksichtigt. Für die Wahlbeteiligung lässt sich kein direkter Effekt feststellen. Der festgestellte Zusammenhang zwischen der Mitgliedschaft in *bridging*-Organisationen und einer höheren Wahlbeteiligung ist also nicht auf die Mobilisierungskraft dieser Organisationen zurückzuführen, sondern auf die Förderung des Gefühls der Effizienz und der Norm der Beteiligung.

Für die konventionelle Partizipation hingegen kann ein schwacher direkter Einfluss nachgewiesen werden. Obwohl auch hier andere erklärende Variablen wichtiger sind (beispielsweise das Geschlecht, die Aktivitäten in anderen Organisationen, aber auch die beiden relevanten demokratischen Fähigkeiten Gefühl der Effizienz und Norm der Beteiligung), kann doch von einem direkten Einfluss der stärkeren Mobilisierungskraft der *bridging*-Organisationen gesprochen werden.

Klar am stärksten ist der direkte Einfluss bei der unkonventionellen Partizipation. Je stärker die Organisationen *bridging social capital* bilden, desto eher beteiligen sich die Mitglieder an unkonventionellen Aktionen. Sie tun dies nicht nur, weil die Organisationen ihr Gefühl der Effizienz und ihre Normen der Beteiligung erhöhen, sondern auch, weil sie über die Organisationen direkt zur Teilnahme an unkonventionellen Aktionen animiert werden. Von grosser Bedeutung für die unkonventionelle Partizipation ist auch die Teilnahme in anderen Organisationen, denn auch dort kann man direkt oder indirekt zur Partizipation ermuntert werden.

Wieder sind drei Ergebnisse festzuhalten:

- 1) Es bestehen tatsächlich signifikante Zusammenhänge zwischen den Partizipationsformen und den Organisationen, die mehr *bridging social capital* bilden. Wenn also eine Organisation mehr Kontakte zu anderen Organisationen und zu den politischen Behörden hat, dann beteiligen sich ihre Mitglieder häufiger an allen drei Partizipationsformen.
- 2) Die *bridging*-Organisationen fördern wie erwartet die demokratischen Fähigkeiten, allerdings konnte kein Einfluss auf das generelle Vertrauen nachgewiesen werden. In der Analyse des Einflusses der einzelnen Fähigkeiten auf die Partizipation hat sich dann gezeigt, dass nur das Gefühl der Effizienz und die Norm der Beteiligung relevante Faktoren für die politische

Partizipation sind. Weil diese beiden Fähigkeiten auch am stärksten von den *bridging*-Organisationen gefördert werden, kann der vermutete indirekte Einfluss der *bridging*-Organisationen auf die Partizipation bestätigt werden.

3) Die *bridging*-Organisationen üben einen direkten Einfluss auf die Partizipation aus. Die Hypothese muss allerdings für die Partizipationsform der Wahlbeteiligung verworfen werden.

Im Allgemeinen treffen die theoretischen Überlegungen also zu. Auch wenn die Zusammenhänge nicht immer die erhoffte Stärke erreichen, so kann doch festgestellt werden, dass signifikante Einflüsse bestehen.

Zwischen den einzelnen Partizipationsformen können, wie bereits bei der Analyse der Hypothese 1, beträchtliche Unterschiede festgestellt werden. Die Untersuchung der Hypothese 2 bestätigt, dass die Wahlbeteiligung durch die Eigenschaften der Organisationen am schlechtesten erklärbar ist. Sie ist eine weit verbreitete Form der Beteiligung, und es ist nicht unbedingt nötig, ein grosses Kontaktnetz zu besitzen, um zur Teilnahme motiviert zu werden.

Ebenso bestätigt wird das Resultat der Analyse der ersten Hypothese, dass die unkonventionelle Partizipation eine Sonderrolle einnimmt. Auch die Tatsache, dass einige Organisationen mehr *bridging social capital* bilden als andere, beeinflusst das Verhalten ihrer Mitglieder bezüglich unkonventioneller Partizipation direkt. Offensichtlich werden die Aktivisten über ihre Kontakte in der Organisation direkt zu einer solchen Form der Beteiligung motiviert.

Etwas überraschend konnten nicht für alle demokratischen Fähigkeiten positive Einflüsse der *bridging*-Organisationen nachgewiesen werden. Das generelle Vertrauen steigt nicht, wenn eine Organisation mehr Kontakte hat. Diese Erkenntnis steht der Erwartung Putnams gegenüber, der sich von den *bridging*-Organisationen eine Stärkung des abstrakten Vertrauens erhofft (Putnam 2000:22). Möglicherweise steigt das Vertrauen deshalb nicht, weil Bürger mit mehr Kontakten die Vertrauensfrage auf eine breitere Bevölkerungsschicht beziehen (zu diesem Referenzproblem vgl. Knack und Keefer 1997:1256).

Ebenfalls entgegen den Erwartungen haben auch nicht alle demokratischen Fähigkeiten einen Einfluss auf die politische Partizipation. Die kritischen Fähigkeiten, das Vertrauen und die Toleranz haben keinen Einfluss auf die Beteiligung. Dies lässt sich im Nachhinein auch begründen. Die kritischen Fähigkeiten können auch dazu beitragen, dass die Meinungsbildung erschwert wird. Wer seine eigene Meinung häufig hinterfragt, hat eine weniger starke Überzeugung und ist deswegen wohl auch weniger bereit, sich für die Überzeugung zu engagieren. Auch ein stärkeres abstraktes Vertrauen kann die Bürger von einer Beteiligung abhalten, da sie den Entscheidungsträgern mehr Freiheiten gewähren wollen. Und schliesslich kann auch die Toleranz zu einer schwächeren Beteiligung führen, weil die negative Motivation

wegfällt. Wer sehr tolerant ist, wehrt sich auch weniger für seine eigenen Anliegen und partizipiert deshalb seltener.

Obwohl also nicht alle Erwartungen, die mit der Hypothese 2 verknüpft sind, bestätigt werden können, und die Zusammenhänge teilweise schwächer sind als angenommen, bleibt als Fazit festzustellen, dass Organisationen mit mehr Kontakten die demokratischen Fähigkeiten der Bürger schulen und sie zu einer verstärkten Partizipation animieren können.

5.3. Analyse des Modells

Nachdem nun beide Hypothesen einzeln überprüft worden sind, kann das Modell getestet werden. Es wird auf alle drei Partizipationsformen separat angewendet. Als jeweils erster Schritt werden die unkontrollierten Einflüsse der beiden Variablen der Organisationsart untersucht. Dadurch kann beurteilt werden, wie die beiden Unterscheidungsmerkmale der Organisationen die Partizipation beeinflussen.

Dann werden die intervenierenden Variablen (soziodemographische Faktoren und Aktivität in anderen Organisationen) eingefügt, um zu überprüfen, ob der Einfluss nicht auf eine spezielle Zusammensetzung der Mitglieder zurückzuführen ist.

Als dritter Schritt werden dann die Variablen des politischen Interesses und die beiden relevanten demokratischen Fähigkeiten „Gefühl der Effizienz“ und „Norm der Beteiligung“ in das Modell integriert. Diese Variablen werden ja zu einem Teil von der Art der Organisation beeinflusst, was zu einer indirekten Beeinflussung der Partizipation führt. Wenn sie also als Kontrolle eingefügt werden, kann beurteilt werden, ob die Art der Organisation einen direkten Einfluss auf die Partizipation hat.

5.3.1. Analyse des Modells für die Wahlbeteiligung

Tabelle 9 Multiple Regressionsanalyse des Modells für die Wahlbeteiligung

Standardisierte Regressionskoeffizienten			
	Modell1	Modell2	Modell3
pol. Organisation	.102**	.087**	.030
<i>bridg</i> .- Organisation ^a	.088**	.071*	-.002
Geschlecht		-.032	-.019
Alter ^a		.238***	.197***
hohes Einkommen ^a		.085**	.053
hohe Bildung		.144***	.106***
Links-Rechts-Skala ^a		-.052	-.002
Aktivität in anderen Org.		.097**	.006
Gefühl der Effizienz ^a			.042
Norm der Beteiligung ^a			.178***
Politisches Interesse			.245***
adj. R ²	.017	.128	.243
N	901	900	900

*=p<.05; **=p<.01; ***=p<.001

^a= fehlende Werte durch Mittelwert ersetzt

Die Analyse zeigt, dass signifikante Einflüsse der beiden Variablen der Organisationsart auf die Wahlbeteiligung bestehen (Modell 1). Dies ist nun keine Überraschung mehr, nachdem bereits die beiden Haupthypothesen bestätigt werden konnten. Wichtig ist aber nochmals festzustellen, dass die Zusammenhänge zwar schwach sind, aber doch der Kontrolle mit den soziodemographischen Faktoren und der Aktivität in anderen Organisationen standhalten (Modell 2). Als neue Erkenntnis kann festgestellt werden, dass die Mitgliedschaft in politischen Organisationen die Wahlbeteiligung etwas mehr beeinflusst als die Mitgliedschaft in *bridging*-Organisationen.

Mit dem dritten Analyseschritt (Modell 3), der die demokratischen Fähigkeiten (Gefühl der Effizienz und Norm der Beteiligung) und das politische Interesse berücksichtigt, wird offensichtlich, dass der Einfluss der beiden Variablen der Organisationsart auf die Wahlbeteiligung nur auf dem indirektem Weg, über die Förderung des politischen Interesses und der demokratischen Fähigkeiten, entsteht. Neben den soziodemographischen Faktoren des Alters und der Bildung sind nämlich nur noch das politische Interesse und die Norm der Beteiligung signifikante Erklärungsfaktoren für die politische Beteiligung.

Das politische Interesse und die Norm der Beteiligung werden zwar von der Mitgliedschaft in politischen und *bridging social capital* bildenden Organisationen beeinflusst, sie hängen aber auch zu einem grossen Teil von anderen, im Modell nicht enthaltenen Faktoren ab. Dies erklärt, warum im Modell 3 das R² bedeutend höher ist als in Modell 1.

Als Fazit kann also gesagt werden, dass die Mitgliedschaft in politischen Organisationen und in Organisationen mit *bridging social capital* die Wahlbeteiligung zwar beeinflusst, dass dieser Einfluss aber marginal ist und nur auf die Förderung des politischen Interesses und der Norm der Beteiligung durch eine solche Mitgliedschaft zurückzuführen ist.

Auch für die Aktivität in anderen Organisationen ist kein direkter Zusammenhang mit der Wahlbeteiligung messbar. Zwar sind sicher indirekte Einflüsse vorhanden, denn auch die Aktivität in anderen Organisationen beeinflusst das politische Interesse und die demokratischen Fähigkeiten positiv, aber das Ausbleiben eines direkten Zusammenhangs zeigt doch, dass das Sozialkapital der Netzwerke nur wenig Einfluss auf die Wahlbeteiligung hat. Das Ergebnis für die Wahlbeteiligung stellt also nicht die Einteilung der Organisationen in die Dimensionen politisch/unpolitisch und *bridging/bonding* in Frage, vielmehr muss gesagt werden, dass das Sozialkapital der Netzwerke insgesamt nur einen geringen Effekt auf die Wahlbeteiligung hat.

5.3.2. Analyse des Modells für die konventionelle Partizipation

Tabelle 10 Multiple Regressionsanalyse des Modells für die konventionelle Partizipation
Standardisierte Regressionskoeffizienten

	Modell1	Modell2	Modell3
pol. Organisation	.171***	.151***	.029
<i>bridg.</i> - Organisation ^a	.148***	.151***	.016
Geschlecht		-.172***	-.126***
Alter ^a		.093**	.059*
hohes Einkommen ^a		.119**	.033
hohe Bildung		.104**	.041
Links-Rechts-Skala ^a		-.048	-.030
Aktivität in anderen Org.		.235***	.058*
Gefühl der Effizienz ^a			.050*
Norm der Beteiligung ^a			.092***
Politisches Interesse			.632***
adj. R ²	.053	.194	.590
N	882	882	882

*=p<.05; **=p<.01; ***=p<.001

^a= fehlende Werte durch Mittelwert ersetzt

Bei der Untersuchung der Einflüsse auf die konventionelle Partizipation kann festgestellt werden, dass die Variablen der Organisationsart doch einiges wichtiger sind als für die Wahlbeteiligung. Das R² für das Modell 1 beträgt immerhin bereits 0.053. Wenn die kontrollierenden Variablen eingeführt werden, dann bleiben die Einflüsse beider Variablen signifikant. Zudem kann

festgestellt werden, dass sie beide in etwa gleich stark sind (Modell 2). Die Mitgliedschaft in politischen Organisationen fördert also die konventionelle Partizipation gleich stark wie die Mitgliedschaft in *bridging*-Organisationen.

Im Modell 3 wird dann ersichtlich, dass das politische Interesse der entscheidende Erklärungsfaktor für die konventionelle Partizipation ist. Vor allem politisch interessierte Bürger nehmen an politischen Diskussionen teil und nutzen politische Medien. Da spielt es keine Rolle mehr, in welchen Organisationen diese Bürger Mitglieder sind.

Einen schwachen, aber vom politischen Interesse unabhängigen Einfluss kann hingegen der Aktivität in anderen Organisationen zugeordnet werden. Die aktivierten Bürger beteiligen sich häufiger konventionell, egal wie gross ihr politisches Interesse ist.

Die Resultate aus der Analyse des Modells für die konventionelle Partizipation zeigen die Dominanz des Erklärungsfaktors des politischen Interesses. Dessen Einfluss ist so stark, dass keine direkten Einflüsse der Mitgliedschaft in den verschiedenen Organisationsarten mehr nachweisbar sind.

Das politische Interesse wird von politischen Organisationen und von Organisationen mit *bridging social capital* stärker gefördert als von anderen Organisationen. Deswegen kann auch ein Einfluss dieser Organisationsarten nachgewiesen werden. Aber der Einfluss bleibt indirekt und ist nicht allzu stark. Das politische Interesse wird natürlich auch noch von verschiedenen anderen, im Modell nicht enthaltenen Faktoren beeinflusst. Wenn also im Modell 3 das R^2 den sehr hohen Wert von 0.590 erreicht, dann muss dies zu einem grossen Teil externen Einflüssen zugeschrieben werden. Dennoch ist festzustellen, dass die Unterteilung in verschiedene Organisationsarten für die konventionelle Partizipation von grösserer Relevanz ist als für die Wahlbeteiligung. Überhaupt scheint das Sozialkapital der Netzwerke für diese Partizipationsform entscheidender, was sich auch in einem grösseren, sogar vom politischen Interesse unabhängigen Einfluss der Aktivität in anderen Organisationen manifestiert.

5.3.3. Analyse des Modells für die unkonventionelle Partizipation

Tabelle 11 Multiple Regressionsanalyse des Modells für die unkonventionelle Partizipation

Standardisierte Regressionskoeffizienten			
	Modell1	Modell2	Modell3
pol. Organisation	.150***	.138***	.093**
<i>bridg</i> .- Organisation ^a	.198***	.149***	.094**
Geschlecht		-.021	-.009
Alter ^a		-.073*	-.099*
hohes Einkommen ^a		-.013	-.039
hohe Bildung		.024	-.004
Links-Rechts-Skala ^a		-.295***	-.260***
Aktivität in anderen Org.		.291	.221***
Gefühl der Effizienz ^a			.026
Norm der Beteiligung ^a			.104**
Politisches Interesse			.209***
adj. R ²	.064	.255	.318
N	901	901	901

*=p<.05; **=p<.01; ***=p<.001

^a= fehlende Werte durch Mittelwert ersetzt

Der erste Analyseschritt des Modells für die unkonventionelle Partizipation bestätigt wiederum die Resultate der Untersuchungen der beiden Haupthypothesen: die Mitglieder von politischen Organisationen und von Organisationen mit *bridging social capital* beteiligen sich häufiger als andere Aktivisten an Aktionen der unkonventionellen Partizipation. Das R² des ersten Modells erreicht dabei einen höheren Wert als bei den anderen beiden Partizipationsformen, was zeigt, dass die unkonventionelle Form diejenige ist, welche sich am besten durch die unterschiedlichen Organisationsarten erklären lässt.

Auch die Kontrolle mit den intervenierenden Variablen verändert nichts an der Signifikanz der gefundenen Einflüsse (Modell 2). Wichtige Erklärungsfaktoren sind die Positionierung auf der Links-Rechts-Skala und die Aktivität in anderen Organisationen. Die linkeren und aktiveren Bürger beteiligen sich stärker unkonventionell. Dies hat auch zur Folge, dass der Einfluss der *bridging*-Organisationen etwas abgeschwächt wird, so dass dieser nur noch wenig stärker ist als derjenige der politischen Organisationen.

Im Modell 3 wird ersichtlich, dass das politische Interesse für die unkonventionelle Partizipation nicht mehr der dominierende Erklärungsfaktor ist. Die Links-Rechts-Positionierung und die Aktivität in anderen Organisationen sind wichtiger. Vor allem aber kann ein vom politischen Interesse unabhängiger Einfluss der Organisationsart festgestellt werden. Weil die politischen

Organisationen und jene mit *bridging social capital* ihre Mitglieder eher für unkonventionelle politische Aktionen zu mobilisieren vermögen als andere Organisationen, üben sie einen direkten Einfluss auf die unkonventionelle Beteiligung ihrer Mitglieder aus.

Bei der unkonventionellen Partizipation ist also sowohl eine direkte als auch eine indirekte Beeinflussung feststellbar. Sie ist die einzige Partizipationsform, für welche alle aus den Haupthypothesen abgeleiteten Zusammenhänge zutreffen. Es erstaunt deshalb auch nicht, dass die Organisationsarten hier im Vergleich zu den anderen beiden Beteiligungsformen den grössten Einfluss haben. Die beiden Variablen erklären 6.4% der Gesamtvarianz der unkonventionellen Partizipation.

Zugleich ist auch der Einfluss der Aktivität in anderen Organisationen so gross wie bei keiner anderen Partizipationsform. Es kann also gesagt werden, dass das Sozialkapital der Netzwerke für die unkonventionelle Partizipation ein relevanter Faktor ist, und dass es dabei wichtig ist, welche Eigenschaften diese Netzwerke haben.

5.3.4. Fazit der Analyse des Modells

Die Resultate aus der Analyse des Modells für die drei Formen der politischen Partizipation sollen hier nochmals kurz zusammengefasst werden.

Für die Wahlbeteiligung spielt es keine wesentliche Rolle, in welcher Organisation jemand aktiv ist. Sie wird nur indirekt über das politische Interesse und die Norm der Beteiligung von der Art der Organisation beeinflusst. Soziodemographische Faktoren wie das Alter oder die Bildung, erklären die Wahlbeteiligung besser. Überhaupt hat das Sozialkapital der Netzwerke wenig Einfluss darauf, ob ein Bürger an Wahlen teilnimmt oder nicht.

Die konventionelle Partizipation wird einiges stärker von der Art der Organisation beeinflusst. Weil diese Beteiligungsform aber sehr stark vom politischen Interesse beeinflusst wird, und dieses wiederum nur zu einem geringen Teil durch die Art der Organisation erklärbar ist, muss auch hier festgestellt werden, dass die Unterscheidung von Mitgliedschaften in politischen und unpolitischen Organisationen und solchen in Organisationen mit *bridging* oder *bonding social capital* nur einen kleinen Teil der Variation der konventionellen Partizipation erklären kann.

Die unkonventionelle Partizipation ist die Beteiligungsform, die am besten durch die beiden Variablen der Organisationsart erklärt werden kann. Es bestehen für beide Variablen auch vom politischen Interesse unabhängige Einflüsse auf die Partizipation. Diese Erkenntnis zeigt, dass für die unkonventionelle Partizipation die Art der Organisation wichtig ist. Diese Partizipationsform wird gleichzeitig auch am stärksten durch die Anzahl der Aktivitäten in anderen Organisationen beeinflusst. Das Sozialkapital der Netzwerke ist für die unkonventionelle Partizipation also wichtiger als für die anderen beiden Beteiligungsformen.

Die Unterscheidung zwischen verschiedenen Organisationsarten ist nur dann sinnvoll, wenn das Sozialkapital der Netzwerke auch einen signifikanten Einfluss auf die Partizipationsform hat. Dies ist zwar bei allen drei Beteiligungsformen der Fall, bei der Teilnahme an Wahlen ist dieser Einfluss aber sehr gering. Deshalb bleibt auch der Einfluss der Organisationsarten bescheiden. Für die beiden anderen Beteiligungsformen, vor allem für die unkonventionelle Partizipation, kann aber klar gezeigt werden, dass die Unterscheidung zwischen politischen und unpolitischen Organisationen ebenso sinnvoll ist, wie die Einteilung in Netzwerke, die *bridging* oder *bonding social capital* generieren.

Die Analyse hat gezeigt, dass alle drei Formen der Partizipation stark vom politischen Interesse beeinflusst werden. Von den demokratischen Fähigkeiten sind jedoch nur das Gefühl der Effizienz und die Norm der Beteiligung relevant. Dass diese Faktoren einen grossen Einfluss auf die Partizipation haben, ist wenig überraschend und für die Fragestellung auch nicht relevant. Dennoch müssen sie ins Modell integriert werden, da über sie indirekte Einflüsse der Organisationsart auf die Partizipation messbar sind.

Die soziodemographischen Faktoren weisen auch keine überraschenden Korrelationen aus, es ist aber interessant festzustellen, dass die unkonventionelle Partizipation eher von linken und jüngeren Bürgern ausgeführt wird, während die konventionelle Partizipation vor allem eine Domäne der Männer ist.

6. Interpretation der Ergebnisse

Bei der Interpretation dieser Resultate interessieren zwei Fragen besonders. Erstens soll geklärt werden, welche Schlüsse bezüglich der Theorie des Sozialkapitals gezogen werden können. Es geht dabei um die Frage, ob die Unterschiede zwischen den Organisationen wichtig sind und wenn ja, welche.

Zweitens sollen die Ergebnisse aus der Sicht der partizipatorischen Demokratietheorie begutachtet werden. Dabei wird die Frage nach dem Beitrag der verschiedenen Organisationen zu einer funktionierenden Demokratie nochmals im Zentrum stehen.

6.1. Die Bedeutung der Resultate für die Theorie des Sozialkapitals

Im gewählten Modell wurde versucht, der Einfluss der Eigenschaften einer Organisation auf die Partizipation ihrer Mitglieder nachzuweisen. Aus der Vielzahl von Unterscheidungskriterien zwischen den Organisationen wurden zwei ausgewählt, die in den Diskussionen oft thematisiert werden. Einerseits gibt es verschiedene Autoren, welche die Wichtigkeit der Absicht einer

Organisation betonen (u.a. Levi, Morales). Diesen wurde mit der Unterscheidung zwischen politischen und unpolitischen Organisationen Rechnung getragen. Von anderer Seite (z.B. von Putnam) wird eher versucht, die verschiedenen Effekte auf strukturelle Unterschiede zwischen den Organisationen zurückzuführen. Auf Grund dieser Annahmen wurde zwischen *bridging*- und *bonding*-Organisationen differenziert.

Die Untersuchung kann deshalb auch als Test für die verschiedenen Weiterentwicklungen der Theorie des Sozialkapitals dienen. Welche Unterscheidungskriterien sind wichtiger, diejenigen, welche die Absicht betreffen, oder jene, die zwischen den strukturellen Merkmalen differenzieren?

Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen, dass beide Differenzierungen in etwa gleich wichtig sind. Sie erklären beide nur einen geringen Teil der Wahlbeteiligung und sind bei der Erklärung der konventionellen und der unkonventionellen Partizipation ungefähr gleich stark.

Relevant sind beide Unterscheidungen, denn obwohl die Zusammenhänge nicht sehr stark sind, kann dennoch gesagt werden, dass Mitglieder von politischen Organisationen und von solchen, die *bridging social capital* bilden, häufiger partizipieren als andere Aktivisten. Dass dies vor allem deshalb der Fall ist, weil sie das politische Interesse und die demokratischen Fähigkeiten fördern, und kaum auf einen direkten Einfluss zurückzuführen ist, ändert nichts an der Existenz der signifikanten Zusammenhänge. Wenn eine Partizipationsform positiv von den sozialen Netzwerken der Organisationen beeinflusst wird, dann sind auch die Unterschiede zwischen diesen Organisationen zu berücksichtigen.

6.2. Die Ergebnisse aus demokratiethoretischer Sicht

Das eigentliche Ziel der Untersuchung war aber nicht ein Theorietest, sondern die Erklärung der verschiedenen Formen der Partizipation durch die Eigenschaften der Organisationen. Es wurde argumentiert, dass die Legitimität von Demokratien von der Partizipation der Bürger abhinge, weshalb es wichtig sei, festzustellen, ob einige Organisationen die Partizipation stärker fördern als andere.

Das Ergebnis ist nun, dass die politischen Organisationen und jene, die *bridging social capital* bilden, die konventionelle und die unkonventionelle Partizipation stärker fördern als andere Organisationen. Direkte Effekte über die Mobilisation der Mitglieder üben diese Organisationen aber nur für die unkonventionelle Partizipation aus.

Was bedeuten diese Ergebnisse nun aus der Sicht des partizipatorischen Demokratieverständnisses?

Die unkonventionelle Partizipation unterscheidet sich deutlich von den beiden anderen Formen der Beteiligung. Die Teilnehmenden sind jünger und linker und der Frauenanteil ist höher.

Jugendliche und Linke sind in der Regierung und in der Verwaltung des Bundes und der meisten Kantone klar in der Minderheit. Es fällt ihnen auch oft schwer, in der Bevölkerung Mehrheiten für ihre Anliegen zu finden. Sie versprechen sich deshalb von einer unkonventionellen Form der Partizipation mehr Erfolg. Umgekehrt müssen ältere und rechte Bürger ihre Anliegen weniger in unkonventionellen Aktionen vertreten, da sie sich in den Wahlen eher durchsetzen.

Die politischen Organisationen und jene, die *bridging social capital* bilden, tragen mit ihrer Förderung der unkonventionellen Partizipation dazu bei, dass Anliegen, die sich auf dem konventionellen Weg nicht durchsetzten, trotzdem beachtet werden. Auch Bürger, die sich weniger konventionell politisch beteiligen, oder an Wahlen teilnehmen, können von diesen Organisationen zu einer unkonventionellen Beteiligung animiert werden.

Damit erfüllen die politischen Organisationen und jene, *bridging social capital* bilden, eine wichtige demokratische Funktion. In diesem Sinne sind sie für die Demokratie von grösserer Bedeutung als die Freizeit- und Sportvereine. Der Aussage Putnams, dass die Demokratie ein Nebenprodukt der Fussballclubs und der Chöre sei (Putnam 1993:176), muss also widersprochen werden. Die politischen Organisationen fördern das politische Interesse stärker, als andere Organisationen dies tun können und haben zusätzlich noch einen direkten Effekt auf die unkonventionelle Partizipation. Ebenso hervorzuheben gilt es die Organisationen mit *bridging social capital*. Auch diese sind für die Partizipation wichtiger als andere Organisationen, da sie die demokratischen Fähigkeiten fördern. Sie geben dem Bürger das Gefühl, dass seine Meinung wichtig ist und auch gehört wird, und sie fördern die Norm der Beteiligung ihrer Mitglieder. Zusätzlich haben die *bridging*-Organisationen auch einen direkten Effekt auf die unkonventionelle Partizipation.

7. Schlussbemerkungen

Die meisten Arbeiten mit politikwissenschaftlicher Fragestellung analysieren Zusammenhänge auf der Makro-Ebene. Erst in den neueren Werken wird versucht, mit dem Sozialkapital die politische Partizipation zu erklären (vgl. Gabriel et al. 2002:154-159). In diesen Arbeiten wird angenommen, dass die politische Partizipation durch die soziale Beteiligung verstärkt wird. Dabei hat sich gezeigt, dass die politische Partizipation von sehr vielen verschiedenen Faktoren abhängt und nur zu einem kleinen Teil durch die Mitgliedschaften in Organisationen erklärbar ist. Allerdings wurde bisher auch nicht differenziert zwischen den verschiedenen möglichen Mitgliedschaften. Der Einfluss von Sportvereinen wurde nicht von jenem der politischen Organisationen getrennt analysiert.

In dieser Untersuchung wurde nun versucht, diesen Mangel zu beheben. Dabei konnte festgestellt werden, dass die politischen Organisationen und jene, die *bridging social capital* bilden, die Partizipation stärker fördern als andere.

Wenn also das Sozialkapital als Erklärung für die politische Partizipation verwendet wird, dann muss berücksichtigt werden, dass nicht jede Mitgliedschaft gleich starke Effekte auf die Beteiligung hat. Sowohl die Absicht als auch die Struktur einer Organisation können die Effekte verstärken. Sportvereine sind für die politische Partizipation weniger wichtig als politische Parteien, und isolierte Organisationen haben weniger positiven Einfluss auf die Beteiligung als solche mit vielen Kontakten.

Mit dieser Ausdifferenzierung der Organisationen kann die Erklärungskraft des Sozialkapitals gesteigert werden. Wenn nur noch die Mitgliedschaften in politischen Organisationen oder in solchen mit *bridging social capital* als Erklärung für die politische Partizipation verwendet werden und nicht mehr jede Mitgliedschaft, dann können bessere Ergebnisse erwartet werden.

Die Ausdifferenzierung der Organisationen auf Grund der beiden Dimensionen politisch/unpolitisch und *bridging/bonding* genügt aber noch längst nicht. Wie Warren (2001) gezeigt hat, sind zahlreiche weitere Kriterien zur Unterscheidung der Organisationen möglich. Einerseits liessen sich noch einige zusätzliche strukturelle Merkmale berücksichtigen. Es wäre beispielsweise interessant, die Heterogenität der Mitglieder einer Organisation in die Untersuchung einzubeziehen, oder auch den Mittelwert der Gesamtaktivitäten der Mitglieder als Merkmal einer Organisation zu definieren. Für solche Untersuchungen ist es aber zwingend notwendig, dass pro Organisation mehr Aktivisten befragt werden. In den für diese Untersuchung verwendeten Daten sind zu oft nur die Angaben von einem oder zwei Aktivisten pro Organisation enthalten.

Andererseits wären auch Vergleiche interessant zwischen den Organisationen mit ähnlicher Aktivität. Zum Beispiel könnte bei einem Vergleich der Sportvereine untersucht werden, ob einige mehr zur Förderung der Partizipation ihrer Mitglieder beitragen als andere.

Schliesslich könnten die Eigenschaften der Organisationen auch auf weitere Effekte hin untersucht werden. Möglicherweise fördern gewisse Aktivitäten oder Strukturen von Organisationen die Zufriedenheit mit der Demokratie oder das Vertrauen in die Institutionen mehr als andere. Oder vielleicht kann festgestellt werden, dass gewisse Organisationen die Integration von Minderheiten fördern, während andere eher ausgrenzend wirken.

Alle diese Vorschläge zeigen, dass in der Verknüpfung zwischen den Eigenschaften der Organisationen und dem individuellen Verhalten ihrer Mitglieder noch einiges Potential liegt. Es muss aber dabei immer beachtet werden, dass die Organisationen nur eines von vielen Netzwerken ist, denen die Bürger angehören. Wenn vom Makroniveau auf das individuelle

Verhalten geschlossen wird, dürfen keine sehr starken Zusammenhänge erwartet werden, und es sind verschiedene intervenierende Variablen zu beachten.

Obwohl also nicht erwartet werden kann, dass die Eigenschaften von Organisationen dominierende Erklärungen des individuellen Verhaltens bilden, können dennoch wichtige Erkenntnisse gewonnen werden. Auf dem Mikrolevel zeigt sich nämlich, dass das Sozialkapital von Organisationen nur dann als Erklärung verwendet werden kann, wenn die Unterschiede zwischen den verschiedenen Netzwerken genauer ausdifferenziert werden. Und genau diese Ausdifferenzierungen können dann später auch wieder für verbesserte Analysen auf dem Makroniveau verwendet werden.

8. Literaturverzeichnis

- Baglioni Simone (2004). "Société civile et capital social en Suisse. Une enquête sur la participation et l'engagement au niveau communal." Paris: Harmattan.
- Bourdieu Pierre (1983). „Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital.“ In: Reinhard Kreckel (Hg.) et. al. *Soziale Ungleichheiten*. Göttingen: Soziale Welt, Sonderband 2. S. 183-198.
- Burt Ronald (1992). "Structural Holes. The Social Structure of Competition." Cambridge: Harvard University Press.
- Coleman James S. (1990). "Grundlagen der Sozialtheorie Bd.1: Handlungen und Handlungssysteme." München: Oldenburg.
- Fung Archon (2003). "Associations and Democracy. Between Theories, Hopes, and Realities." *Annual Review of Sociology* 29:515-39.
- Gabriel Oscar et al. (2002). "Sozialkapital und Demokratie. Zivilgesellschaftliche Ressourcen im Vergleich." Wien: WUV-Universitätsverlag.
- Granovetter Mark (1973). "The Strenght of Weak Ties." *American Journal of Sociology* 78 (6): 1360-1380.
- Hooghe Marc, Dietlind Stolle (2003). "Age matters: life cycle and cohort differences in the socialisation effect of voluntary participation." *European Political Science* 2 (3): 49-56.
- Kaase Max, Alan Marsh (1979). "Political action. A theoretical Perspective." In: Samuel Barnes und Max Kaase (Hg.). "Political Action." Beverly Hills : Sage. S. 27-56.
- Klandermans Bert (1997). "The Social Psychology of Protest." Oxford: Blackwell.
- Knack Steven und Philip Keefer (1997). "Does Social Capital Have an Economic Payoff? A Cross-Country Investigation." *Quarterly Journal of Economics* 112 (4):1231-1288.
- Knoke David (1986). "Associations and Interest Groups." *Annual Review of Sociology* 12: 1-21.
- Knoke David (1990). "Political Networks. The Structural Perspective." New York: Cambridge University Press.
- Kriesi Hanspeter und Simone Baglioni (2003). "Putting local associations into their context. Preliminary results from a Swiss study of local associations." *Swiss Political Science Review* 9:1-34.
- Lane Robert E. (1965). „Political Life: Why and How People Get Involved in Politics.“ New York: The Free Press.
- Levi Margaret (1996). "Social and Unsocial Capital: A Review Essay of Robert Putnam's Making Democracy Work." *Politics & Society* 24: 45-55.
- Marsh Alan, Max Kaase (1979). "Background of political action." In: Samuel Barnes und Max Kaase (Hg.). "Political Action." Beverly Hills : Sage. S. 97-136.

- Morales Diez de Ulzurrun Laura (2004). "Institutions, Mobilisation and Political Participation: Political Membership in Western Countries." Doktorarbeit an der Universidad autonoma de Madrid.
- Newton Kenneth (1997). "Social Capital and Democracy." *American Behavioural Scientist* 40: 575-586.
- Paxton Pamela (2002). "Social Capital and Democracy: An Interdependent Relationship." *American Sociological Review* 67(2): 254-277.
- Portes Alejandro (1998). "Social Capital: Its Origins and Applications in Modern Sociology." *Annual review of Sociology* 24: 1-24.
- Putnam Robert D. (1993). "Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy." Princeton: Princeton University Press.
- Putnam Robert D. (2000). "Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community." New York, London: Simon & Schuster.
- Stolle Dietlind und Thomas Rochon (1998). "Are All Associations Alike?" *American Behavioural Scientist* 42 (1): 47-65.
- Taylor Michael (1982). "Community, Anarchy and Liberty." New York: Cambridge University Press.
- Tocqueville Alexis de (1987 [1840]). „Über die Demokratie in Amerika. Zweiter Teil von 1840.“ Übersetzt von Hans Zbinden. Zürich: Manesse Verlag.
- Verba Sidney, Norman H. Nie, Jae-On Kim (1978). "Participation and Political Equality." Cambridge: Cambridge University Press.
- Verba Sidney, Schlozmann Kay Lehman, et al. (1993). "Citizen Activity: Who Participates? What Do They Say?" *American Political Science Review* 87 (2):303-18.
- Von Erlach Emanuel (2000). "Soziales Kapital. Definitionen, Dimensionen und Operationalisierungen eines theoretischen Konzeptes." Lizentiatsarbeit, eingereicht bei Prof. Dr. Klaus Armingeon, Universität Bern.
- Warren Mark E. (2001). "Democracy and Association." Princeton: Princeton University Press.